

STUDIE

**Jugendlandtage in den
Bundesländern –
Zwischen Dialog,
Beteiligung, politischer Bildung
und Nachwuchsförderung**

Roland Roth, Udo Wenzl

Roland Roth arbeitete zuletzt als Professor für Politikwissenschaft am Fachbereich Sozial- und Gesundheitswesen der Hochschule Magdeburg-Stendal (1993 – 2014). Sein wissenschaftliches und politisches Interesse gilt den Themenfeldern Demokratie, soziale Bewegungen, Zivilgesellschaft, Bürger- und Menschenrechte. Er ist Mitbegründer von „DESI – Institut für Demokratische Entwicklung und Soziale Integration“, „ipb – Institut für Protest- und Bewegungsforschung“ und setzt sich seit vielen Jahren für Kinderrechte ein.

Udo Wenzl ist Dipl. Sozialpädagoge (FH). Seit 2010 ist er systemischer (Kommunal-)Berater mit dem Schwerpunkt Kinder- und Jugendbeteiligung. Er moderiert und begleitet zahlreiche kommunale Entwicklungsprozesse in Baden-Württemberg und lebt in Waldkirch.

Die Erstellung der Studie erfolgte im Auftrag des Deutschen Kinderhilfswerkes e.V.

Das Deutsche Kinderhilfswerk e.V. setzt sich seit mehr als 45 Jahren für die Rechte von Kindern in Deutschland ein. Die Überwindung von Kinderarmut und die Beteiligung von Kindern und Jugendlichen an allen sie betreffenden Angelegenheiten stehen im Mittelpunkt der Arbeit als Kinderrechtsorganisation. Der gemeinnützige Verein finanziert sich überwiegend aus privaten Spenden, dafür stehen seine Spendendosen an ca. 40.000 Standorten in Deutschland. Das Deutsche Kinderhilfswerk initiiert und unterstützt Maßnahmen und Projekte, die die Teilhabe von Kindern und Jugendlichen, unabhängig von deren Herkunft oder Aufenthaltsstatus, fördern. Die politische Lobbyarbeit wirkt auf die vollständige Umsetzung der UN-Kinderrechtskonvention in Deutschland hin, insbesondere im Bereich der Mitbestimmung von Kindern, ihren Interessen bei Gesetzgebungs- und Verwaltungsmaßnahmen sowie der Überwindung von Kinderarmut und gleichberechtigten gesellschaftlichen Teilhabe aller Kinder in Deutschland.

IMPRESSUM

Schriftenreihe des Deutschen Kinderhilfswerkes e.V. – Heft 3

Deutsches Kinderhilfswerk e.V.

Leipziger Straße 116-118

10117 Berlin

Fon: +49 30 308693-0

Fax: +49 30 308693-93

E-Mail: dkhw@dkhw.de

www.dkhw.de

Autoren:

Roland Roth

Udo Wenzl

Redaktion:

Holger Hofmann und Sebastian Schiller, Deutsches Kinderhilfswerk e.V.

Layout:

Gabi Lattke, Journalisten&GrafikBüro

Druck:

dieUmweltDruckerei GmbH, Hannover

Diese Broschüre wurde auf 100 % Recyclingpapier mit dem Blauen Engel gedruckt.

2. aktualisierte Auflage, 1. Auflage 2016

© 2019 Deutsches Kinderhilfswerk e.V.

Inhalt

Vorwort Deutsches Kinderhilfswerk	4
Vorbemerkung der Autoren	5
1. Jugend und parlamentarische Demokratie – eine einführende Skizze	6
2. Gegenstand, Fragestellungen und methodisches Vorgehen der Untersuchung	9
3. Jugendlandtage – Ergebnisse der Recherchen 2015	12
3.1. Baden-Württemberg: „Jugendlandtag“ und regionale Konferenzen „Was uns bewegt“	12
3.2. Hamburg: „Jugend im Parlament“	17
3.3. Mecklenburg-Vorpommern: „Jugend im Landtag“ und „Jugend fragt nach“	22
3.4. Nordrhein-Westfalen: „Jugend-Landtag“	26
3.5. Schleswig-Holstein: „Jugend im Landtag“	31
4. Ergebnisse der Online-Befragung von Teilnehmerinnen und Teilnehmern	37
5. Schüler- und Jugendlandtage des Jahres 2016	40
5.1. Das Großplanspiel im Bayerischen Landtag	40
5.2. Schüler-Landtag Rheinland-Pfalz	40
6. Fazit und Handlungsempfehlungen	42
7. Literaturnachweise	46
8. Übersicht: Jugendlandtage in den Bundesländern	48

Vorwort Deutsches Kinderhilfswerk

Demokratie zu lernen erfordert, Demokratie zu erleben. Dieser Maxime tragen viele Kommunen Rechnung, indem sie Strukturen schaffen wie die Einrichtung eines kommunalen Kinder- und Jugendforums, den Beirat eines Jugendclubs oder ein Kinder- und Jugendparlament. Darüber werden Kinder und Jugendliche vielerorts in politische Prozesse in ihrer Kommune einbezogen. Die Diskussionen solcher Veranstaltungen zeigen allerdings, dass sich die Anliegen der Kinder und Jugendlichen nicht auf das unmittelbare Lebensumfeld beschränken, sondern ihre politischen Interessen weit über den kommunalen und schulischen Nah-Raum hinausgehen und oftmals gesamtgesellschaftliche Angelegenheiten umfassen. Dies führt zur Frage, ob und wie Jugendliche auf der Landesebene beteiligt werden.

Neben den Beteiligungsformen, die in Jugendverbänden zu finden sind, haben Veranstaltungen eine besondere Bedeutung, welche von den Landesparlamenten angeboten werden. Diese firmieren unter unterschiedlichen Bezeichnungen wie „Jugend-Landtag“, „Jugend im Landtag“ und „Jugend im Parlament“. Vergebens sucht man nach einer allgemein gültigen Definition oder einheitlichen Praxis. Ausgehend von den Beschreibungen auf den Webseiten der Veranstalter lässt sich jedoch folgender Begriffshorizont abstecken: Jugendlandtage sind Bildungs- und Dialogformate, bei denen Jugendliche eines Bundeslandes die Möglichkeit erhalten, den parlamentarischen Alltag kennen zu lernen und darüber hinaus – zumindest in einigen Bundesländern – ihre Themen und Anliegen, sowie ihre Sicht auf das Bundesland und dessen künftige Entwicklung den gewählten Volksvertreterinnen und Volksvertretern mitzuteilen und mit ihnen darüber zu debattieren.

Schon die Webseiten deutscher Landtage machen deutlich, dass junge Menschen eine wichtige Zielgruppe darstellen. Die Homepages informieren über eine Reihe von jugendspezifischen Veranstaltungen und Angeboten – meist verbunden mit der Aufforderung, sich zu beteiligen. In der Mehrzahl handelt es sich um Informations-, Besuchs- und Bildungsangebote. Die Formate reichen von themenspezifischen Dialogangeboten und World-Cafés bis zu anspruchsvollen Planspielen und Zukunftswerkstätten. Oft sind diese Angebote Teil von zeitlich begrenzten, oft in einem Jahres- oder Zweijahresrhythmus wiederkehrenden Jugendlandtagen. Sie stellen Höhepunkte der politischen Bildungsarbeit und der Beteiligungsangebote der Länderparlamente an junge Menschen dar.

Gegenwärtig fehlt ein Gesamtüberblick über die einzelnen, durchaus unterschiedlichen Länderformate und Parlamentsangebote. Diese Expertise will dazu beitragen, diese Lücke zu verkleinern. Sie soll Länderparlamenten und Landesjugendvertretungen, aber auch allen, die sich für Kinder- und Jugendbeteiligung einsetzen, Anregungen geben, indem sie über die Gestaltung und Resonanz von Jugenddialog-Formaten sowie über alternative Möglichkeiten auf Landesebene informiert. Das Autorenteam und der Auftraggeber freuen sich, wenn diese Untersuchung zu Lernprozessen und einem intensiveren fachlichen Austausch zwischen den Bundesländern und den engagierten Kindern und Jugendlichen sowie ihren Organisationen und Vertretungen auf Landesebene anregt.

Holger Hofmann
Bundesgeschäftsführer des Deutschen Kinderhilfswerkes

Vorbemerkung der Autoren

Unser Interesse am Thema Jugendlandtage¹ speist sich aus unterschiedlichen Quellen. Udo Wenzl hatte als Referent für Jugendbeteiligung beim Landesjugendring Baden-Württemberg mehrfach die Gelegenheit, gemeinsam mit der Landtagsverwaltung und den jugendpolitischen Sprecher/innen der Landtagsfraktionen den Jugend-Landtag Baden-Württemberg vorzubereiten und durchzuführen. Für das Jahr 2015 wurde auch eine umfangreiche konzeptionelle Weiterentwicklung vorgenommen. Die hierbei gemachten Erfahrungen haben unter anderem dazu geführt, sich mit den Konzepten und Zielsetzungen der Veranstaltungsformate ‚Jugend-Landtag‘, ‚Jugend im Landtag‘ bzw. ‚Jugend im Parlament‘ in anderen Bundesländern näher zu beschäftigen.

Roland Roth konnte sich im Rahmen eines Praxisprojekts des Landes Nordrhein-Westfalen und der Bertelsmann-Stiftung vergleichend mit der Kinder- und Jugendbeteiligung im Rahmen der Nachhaltigkeitsstrategien von sechs Bundesländern befassen (vgl. Bertelsmann Stiftung 2015; Roth 2015). Gemeinsam ist die Erfahrung, dass die Kinder- und Jugendbeteiligung auf Länderebene sehr unterschiedlich praktiziert wird, durchaus ausbaufähig ist und die vorhandenen Initiativen voneinander lernen könnten und sollten.

Das Deutsche Kinderhilfswerk bot die Möglichkeit zu dieser Recherche. Unser Dank gilt Martina Bechtle, Juliane Henn, Simon Kuss, Franz Sauerstein, Nicole Saile und Lucas Gerits für die praktische Unterstützung, Textbearbeitung, Umfragevorbereitung und insbesondere die teilnehmende Beobachtung bei den Dialog-Formaten in Baden-Württemberg, Hamburg, Nordrhein-Westfalen, Mecklenburg-Vorpommern und Schleswig-Holstein. Eine erste Fassung dieser Expertise ist den Landtagsverwaltungen zugegangen, deren Jugendlandtage wir näher untersucht haben. Wir danken den Kolleginnen und Kollegen für die vielfältige und ermutigende Unterstützung. Für verbliebene Fehler, aber vor allem die Bewertungen und Einschätzungen ist jedoch allein das Autorenteam verantwortlich.

Roland Roth und Udo Wenzl

1 Der Begriff Jugendlandtag wird nachfolgend als Sammelbegriff für einen Veranstaltungstyp verwendet, der in den Bundesländern mit unterschiedlichen Bezeichnungen beworben wird: neben „Jugendlandtag“ auch „Jugend im Landtag“, „Jugend im Parlament“ (s. Übersicht im Anhang).

1. Jugend und parlamentarische Demokratie – eine einführende Skizze

Das politische Interesse junger Menschen ist in den letzten Jahren wieder deutlich angestiegen (Albert u.a. 2015, Gaiser/Ott 2016, Gensicke 2016). Es fehlt auch nicht an einer generellen Bereitschaft, sich politisch zu engagieren. So haben sich viele Jugendliche in lokalen Willkommensinitiativen für Flüchtlinge eingebracht oder ihren Jahresurlaub bzw. ihre Schul- und Semesterferien genutzt, um in Flüchtlingscamps rund um das Mittelmeer zu helfen. Auch bei Demonstrationen gegen Handelsabkommen wie TTIP und CETA sind viele junge Menschen anzutreffen. Protestinitiativen wie Blockupy und andere globalisierungskritische Bewegungen haben ein junges Gesicht. Selbstorganisierte Initiativen, wie sie das Deutsche Kinderhilfswerk jährlich mit dem Preis „Goldene Göre“ auszeichnet, haben regen Zulauf. Aktuelle Studien bestätigen, dass gerade bei Jugendlichen die Bereitschaft zum bürgerschaftlichen Engagement in Vereinen und Organisationen unverändert hoch ist, auch wenn sich die Rahmenbedingungen durch die zeitliche Verdichtung von Bildungs- und Studiengängen verschlechtert haben (Picot 2012; Gensicke 2015). Auch das wissenschaftliche Interesse an Kinder- und Jugendbeteiligung hat einen beachtlichen Aufschwung erfahren (s. Mörgen u.a. 2016; Tremmel/Rutsche 2016). Überwiegend konzentriert es sich jedoch auf Beteiligung in Bildungsinstitutionen und auf kommunaler Ebene (Knauer/Sturzenhecker 2016), während die zentralen politischen Institutionen und ihr Defizit an jugendlicher Interessenvertretung² weniger Aufmerksamkeit auf sich ziehen.

Dies deckt sich mit einer anderen Beobachtung. Auffällig ist, dass die jugendliche Bereitschaft zum Engagement oft einen Bogen um die klassischen Institutionen parlamentarischer Demokratie macht und sich lieber den anderen Möglichkeiten in einer „vielfältigen Demokratie“³ zuwendet (Protest, bürgerschaftliches Engagement, Beteiligung an Jugendinitiativen und -foren). Dies deckt sich zwar mit einer allgemeinen Entwicklung, aber junge Leute sind Trendsetter. Seit Jahrzehnten ist die Beteiligung an allgemeinen Wahlen in Bund, Ländern und Kommunen rückläufig. Dies gilt für die notorisch geringe Wahlbeteiligung der Erstwähler und der jüngeren Jahrgänge, die auch durch die Absenkung des Wahlalters nicht gesteigert werden konnte (Abendschön/Roßteutscher 2016). Die politischen Parteien haben in den letzten beiden Jahrzehnten die Hälfte ihrer Mitgliedschaft verloren – ein Rückgang der auch durch Neugründungen wie Die Grünen oder Die Piraten nicht ausgeglichen werden konnte (Niedermayer 2015). Ein Blick auf die Altersstruktur der Parteimitgliedschaft macht – mit wenigen Ausnahmen – deutlich, dass junge Menschen dort eine kleine Minderheit darstellen. In den großen Parteien dominiert dagegen die Altersgruppe 60+⁴. Ähnliche Repräsentationsdefizite zeigen sich in der Folge auch in der Altersstruktur von Parlamenten.

Diese wachsende Jugendlücke⁵ in den klassischen Institutionen repräsentativer Demokratien (Parteien, Wahlen, Parlamente) muss aus vielen Gründen beunruhigen:

- Die auch von der Bundesrepublik – inzwischen ohne Vorbehalt – ratifizierte Kinderrechtskonvention der Vereinten Nationen von 1989 garantiert allen jungen Menschen unter 18 Jahren das Recht, in allen sie betreffenden Belangen gehört und berücksichtigt zu werden (Art. 12). Wie steht es um die Umsetzung dieser Beteiligungsgarantie,

2 Zur Interessenvertretung von Kindern und Jugendlichen im öffentlichen Raum vgl. Liebel u.a. 2015.

3 Zu diesem Trend in Richtung „vielfältige Demokratie“ vgl. Bertelsmann Stiftung/Staatsministerium 2014; Roth 2016.

4 Hierzu Daten bei Niedermayer 2015.

5 Während sich die geringe politische Repräsentation von Frauen („gender gap“) und von Menschen mit Migrationshintergrund („diversity gap“) einiger Aufmerksamkeit erfreut, findet die schwache Repräsentation von jungen Menschen in den Institutionen der parlamentarischen Demokratie vergleichsweise wenig Beachtung.

wenn so wenige junge Menschen in den Institutionen der repräsentativen Demokratie aktiv werden?

- Bürgerschaftliches Engagement, Jugendinitiativen und Protest können parlamentarische Politik nicht ersetzen. Vielfältige Demokratie kann nur funktionieren, wenn die repräsentative Säule stark ist und als legitim angesehen wird, d.h. auch junge Menschen ihren fairen Anteil haben.
- Auch wenn es den Aktiven in Parteien und Parlamenten vorteilhaft erscheinen mag, in den eigenen Reihen kaum auf jüngere Konkurrenz zu treffen: Auf Dauer werden die Nachwuchsprobleme die Funktionsfähigkeit und Legitimationskraft dieser Institutionen weiter aushöhlen.
- Offensichtlich gelingt es Parteien und Parlamenten nicht oder nur sehr eingeschränkt, junge Menschen zur Mitarbeit zu motivieren. Damit stellt sich die Frage nach ihrer Arbeitsweise und ihrer Offenheit für jugendgemäße Formen der Beteiligung. Auch die Frage nach eigenen Initiativen in Richtung junger Menschen wird dringlicher.
- Schließlich steht die schulische und außerschulische politische Bildung auf dem Prüfstand. Gerade die schulische politische Bildung konzentriert sich traditionell auf die Institutionen repräsentativer Demokratien. Welchen Anteil hat politische Bildung an der wachsenden Kluft zwischen jungen Menschen und den verfassten Formen westlicher Demokratien? Warum gelingt es insgesamt nicht, die Kluft merklich zu reduzieren?

Wie drängend diese Fragen sind, zeigen gegenläufige Entwicklungen. Die Beteiligung von Kindern und Jugendlichen im kommunalen Raum, aber auch auf der Länderebene, ist ein derzeit stark diskutiertes Thema. In zehn Bundesländern gibt es ein kommunales Wahlrecht ab 16 Jahren⁶ sowie in Brandenburg und Bremen, Hamburg und Schleswig-Holstein ein Wahlrecht ab 16 auf Länderebene⁷. Engagierte Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler fordern nicht nur ein passives Wahlrecht, sondern auch die Absenkung des Wahlalters auf 14 Jahre (Hurrelmann 2016). Drei Bundesländer (Schleswig-Holstein, Hamburg und seit kurzem auch Baden-Württemberg) verpflichten ihre Kommunen explizit zur Jugend- bzw. Kinder- und Jugendbeteiligung, in drei weiteren Bundesländern (Hessen, Niedersachsen, Rheinland-Pfalz) existieren weniger stark bindende Soll-Bestimmungen zur Kinder- und Jugendbeteiligung. Auch einzelne Bundesprogramme fordern die beteiligten Kommunen dazu auf, Jugendforen einzurichten bzw. Jugenddialoge zu organisieren und stellen dafür Mittel zur Verfügung (so im aktuellen Bundesprogramm gegen Rechtsextremismus und Fremdenfeindlichkeit mit dem Titel „Demokratie leben!“).

Die mit verstärkter Partizipation verknüpften positiven Erwartungen sind groß: Beteiligung und Dialog mit der Politik sollen dazu führen, dass Jugendliche sich ernst genommen fühlen und auch ihre Meinung zu politischen Entwicklungen und Themen äußern können. Dialog ist als Basis von Beteiligung anzusehen. Ein ernst gemeinter Dialog mit Jugendlichen, zu dem die Berücksichtigung ihrer Sichtweisen und Interessen gehört, soll zu besseren Ergebnissen und zu mehr Akzeptanz politischer Prozesse und Entscheidungen führen⁸. Die Hinweise, die auf den Websites über die Jugenddialogformate zu finden sind, signalisieren, dass in den Länderparlamenten ein Interesse besteht, sich mit der Sicht der nachwachsenden Generation auf ihr Bundesland zu befassen.

Diese Fragen und Beobachtungen bilden den Hintergrund dieser Studie, die sich einem wenig beachteten Feld der politischen Bildung und Beteiligung widmet. Es geht um die

6 Dies sind Baden-Württemberg, Berlin, Brandenburg, Bremen, Hamburg, Mecklenburg-Vorpommern, Niedersachsen, Nordrhein-Westfalen, Sachsen-Anhalt und Schleswig-Holstein.

7 In Hessen gab es 1998 kurzzeitig das Wahlrecht ab 16 Jahren auf Landesebene. Es wurde im Jahr darauf durch die Regierung Koch zurückgenommen.

8 Zu Besonderheiten und Einsatzmöglichkeiten der verschiedenen Beteiligungsmethoden gibt es eine Fülle von Übersichten (s. Nanz/Fritsche 2012; www.participedia.net; www.ncdd.org).

politische Bildungsarbeit der Länderparlamente und ihre Initiativen zur Beteiligung junger Menschen an der Landespolitik. Das geringe öffentliche Interesse an den Jugendangeboten der Länderparlamente liegt sicherlich nicht nur an der allgemein eher bescheidenen Aufmerksamkeit für die Landespolitik. Eine weitere Ursache dürfte im Image von Landtagsangeboten an Jugendliche zu suchen sein, die oft als Einladung zum „Probessitzen“ im Parlament bespöttelt werden. Bei einem Blick auf die Websites der Länderparlamente in Deutschland ist jedoch relativ schnell festzustellen, dass es hier gezielte Angebote der politischen Bildung für Jugendliche und punktuell auch Formate der politischen Bildung für Kinder gibt. Einige Länderparlamente haben außerdem eigene Websites für die Zielgruppe der jungen Menschen im Bundesland erstellt. In jugendgemäßer Sprache wird hierbei über die Struktur der Landespolitik informiert, über stattgefundene Aktivitäten berichtet und auf manchen Seiten kann man sich zum Beispiel den Handy-Ton der Parlamentsglocke herunterladen.

Zum Standardangebot der Landesparlamente gehören vor allem Planspiele⁹. Schulklassen oder Jugendgruppen, die ihre Länderparlamente nicht nur als Zuschauer/innen bei regulären Parlamentssitzungen besuchen möchten, erhalten die Möglichkeit, bei einem etwa eineinhalbstündigen Planspiel die Landespolitik kennen zu lernen und mehr über sie zu erfahren.

Unsere Recherche hat ergeben, dass mehr als die Hälfte der Länderparlamente darüber hinaus ein- bis fünftägige politische Bildungs- und Dialogveranstaltungen für junge Menschen aus ihrem Bundesland anbieten. Ein Vergleich dieser oft als Kinder- oder Jugendparlament bezeichneten Angebote zeigt, dass dieses Format von Land zu Land sehr unterschiedlich ausgestaltet ist. Das gilt für die Auswahl und Rekrutierung der Teilnehmerinnen und Teilnehmer, für das Engagement der Parlamentarier/innen und die Verknüpfung mit der Parlamentsarbeit, die Einbindung der Regierungsebene, aber auch für die Zielsetzungen und den Zuschnitt der Veranstaltung insgesamt. Während bei einigen Angeboten das Kennenlernen des Parlaments und die Einübung in parlamentarischen Gepflogenheiten im Vordergrund stehen, geht es bei anderen Formaten stärker um eine jugendpolitische Agenda, zumindest um Positionspapiere der Versammelten zu aktuellen politischen Themen.

9 Zu den Möglichkeiten, durch Planspiele handlungsorientiertes politisches Lernen zu fördern vgl. Engartner u.a. 2015.

2. Gegenstand, Fragestellungen und methodisches Vorgehen der Untersuchung

Gegenstand und Fragestellungen

Unser Ziel ist es, die unterschiedlichen Profile der Jugendlandtage herauszuarbeiten. Wir konzentrieren uns dabei auf die Jugendlandtage selbst und vernachlässigen die sonstigen Informations-, Besuchs- und Bildungsangebote der Landtage an junge Menschen¹⁰. Dabei geht es uns vor allem um folgende Fragen:

- Welche Erwartungen verbinden die Veranstalter mit dem Bildungs- und Beteiligungsformat Jugendlandtag? Handelt es sich in erster Linie um Informationsangebote, die mit der Arbeit des Landtags vertraut machen? Haben sie eine aktivierende Bildungskomponente, die z.B. durch Planspiele mit der Arbeitsweise und den Handlungsmöglichkeiten in der parlamentarischen Praxis vertraut machen will? Wird den beteiligten Jugendlichen die Möglichkeit gegeben, eine eigene politische Agenda zu entwickeln? Kommt es zu einem Dialog mit den Abgeordneten?
- Wie erleben und bewerten die teilnehmenden Jugendlichen diese Veranstaltungen? Wie sind ihr Verhältnis und ihre Kommunikation untereinander? Wie steht es um die Wertschätzung und Anerkennung durch Parlamentsmitglieder? Haben sie den Eindruck, politisches Gehör zu finden?
- Wie sind Jugendlandtage und ihre Ergebnisse in den parlamentarischen Alltag eingebettet? Bleiben sie ohne nennenswerte Resonanz in der Parlamentsarbeit und in der Landespolitik? Gibt es Rückmeldungen zu den vorgetragenen Forderungen und Anregungen?

Der wichtigen Frage nach der Resonanz und den Wirkungen von Jugendlandtagen auf die Landespolitik kann im Kontext dieser Studie allerdings nur sehr eingeschränkt nachgegangen werden, denn die Antwort hätte eine vergleichende Untersuchung der angesprochenen Politikfelder und Themen erfordert¹¹. Ausgeblendet bleiben auch Lernprozesse und biografische Effekte bei den beteiligten Jugendlichen selbst.

Auswahl und Untersuchungszeitraum

Um möglichst facettenreiche und multiperspektivische Bilder der Jugendlandtage zu erhalten, wurde eine veranstaltungsnaher Kombination unterschiedlicher methodischer Zugänge gewählt. Neben der Auswertung von Webseiten und vorhandenen Materialien basiert diese Studie auf eigenen empirischen Erhebungen, die im Zeitraum von Juni 2015 bis Juni 2016 durchgeführt wurden. Alle fünf Jugendlandtage des Jahres 2015 wurden durch teilnehmende Beobachtung begleitet, für die Studierende gewonnen und geschult wurden. Während und vor allem nach den Veranstaltungen haben sie zudem Interviews mit beteiligten Jugendlichen und Mitgliedern des Landtags geführt. Im Nachgang hatten die Teilnehmerinnen und Teilnehmer die Möglichkeit sich an einer Online-Umfrage zu beteiligen. Mit den verantwortlichen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Parlamentsverwal-

10 Die Landtagsdirektorenkonferenz hat jüngst eine Arbeitsgruppe mit dem Ziel eingerichtet, alle Bildungs- und Informationsangebote für die junge Generation in den Blick zu nehmen und in einer Synopse zusammenzustellen. Sie lag bei Abschluss des Berichts (Anfang September 2016) noch nicht vor.

11 Bei fast allen untersuchten Jugendlandtagen wurden die Ergebnisse dokumentiert und in den politischen Ausschüssen diskutiert. Hierbei hatten auch die jugendlichen Teilnehmerinnen und Teilnehmer zum Teil die Möglichkeit, die Ergebnisse selbst in den entsprechenden politischen Gremien vorzustellen und einzubringen. Unklar bleibt jedoch, welche Auswirkungen die Ergebnisse dieser Jugenddialogformate wirklich auf die reale Politik haben. Diese Frage konnte im Rahmen des begrenzten Budgets nicht untersucht werden.

tungen fanden zudem leitfadengestützte Interviews statt. In Mecklenburg-Vorpommern konnte zusätzlich ein Interview mit der jugendpolitischen Referentin des Landesjugendrings realisiert werden.

Im Vorfeld der Studie wurden im Detail folgende Leitfragen formuliert, an denen sich die teilnehmenden Beobachtungen und Interviews der untersuchten Jugendlandtage weitgehend¹² orientierten, die eine wesentliche Grundlage der nachfolgenden Darstellung bilden:

Rahmenbedingungen

- In welchen Bundesländern und wenn ja seit wann existieren Jugenddialogformate?
- Wie lautet ihre Bezeichnung (z.B. Kindergipfel, Jugendlandtag, Kinder- und Jugendrat)?
- Welche finanzielle und personelle Ausstattung steht zur Verfügung?
- Wie wird moderiert/der Dialog/Austausch organisiert?
- Welche Rolle haben hierbei die Landtagsabgeordneten?
- Spielen bei der Ausgestaltung der Jugendlandtage die Verankerung von Kinderrechten und die Beteiligungsvorgaben für Kinder und Jugendliche in Landesgesetzen und Kommunalverfassungen eine Rolle?
- Wie sieht die strukturelle Anbindung an den Landtag aus?

Themen

- Wie kommen die Themen zustande?
- Was sind bzw. waren die wichtigsten Themen, die wichtigsten Beschlüsse und Verlautbarungen?
- Wie werden die Themen und Anliegen dokumentiert?
- Welche Relevanz haben die Themen in der Arbeit der Landespolitiker/innen?

Auswahl und soziales Profil der Teilnehmerinnen und Teilnehmer

- Wie werden die Teilnehmenden gewonnen?
- Welche Rolle spielen dabei die Jugendorganisationen der Parteien, die Jugendverbände, die Schulen und andere Akteure?
- Alter und Anzahl der Teilnehmer/innen, sozialer Status, Bildungshintergrund der Teilnehmer/innen und ihrer Eltern

Strukturelle Einbindung in die politische Arbeit der Landtage

- Wie sind die Dialog- und Beteiligungsformate in die parlamentarische Arbeit der Landtage eingebunden?
- Welches Profil und politisches Gewicht haben die Formate?
- Wie sieht die Beteiligung der Landtagsabgeordneten aus?

Öffentlichkeitsarbeit

- Wie sieht die Öffentlichkeitsarbeit der Jugendlandtage aus?
- Wie werden die Formate von den Medien wahrgenommen und darüber auch berichtet?

12 Nicht zu allen Fragen konnten wir verlässliche Auskünfte erhalten.

Einflussmöglichkeiten

- Wie geht die Landespolitik mit den Ergebnissen, Anliegen und Themen der teilnehmenden jungen Menschen um?
- Werden die Beschlüsse im Landtag bzw. von den Fraktionen diskutiert und dazu Stellung genommen?
- Gibt es eine aktuelle Stunde/eine aktuelle Debatte zu den Ergebnissen im Landtag?
- Haben die Beschlüsse eine Form von Verbindlichkeit für die politischen Gremien bzw. die Landtage?
- Nehmen Landtagsabgeordnete am Jugendlandtag teil?
- Steigen die Einflusschancen mit der Verankerung der Kinderrechte in Landesgesetzen und den Kommunalverfassungen?
- Welche Hinweise gibt es auf die erwünschten und erreichten Wirkungen der Jugendlandtage (Verbindlichkeit der Teilnahme von Abgeordneten, Rechenschaft über die Umsetzung der Vorschläge der Jugendlichen etc.)

3. Jugendlandtage – Ergebnisse der Recherchen 2015

3.1. Baden-Württemberg: „Jugendlandtag“ und regionale Konferenzen „Was uns bewegt“

In den Jahren 2002 (zweitägig), 2010 und 2013 fanden in Baden-Württemberg jeweils eintägige Jugendlandtage statt. Für 2015 wurde das Konzept weiterentwickelt. Neben einem zweitägigen Jugendlandtag in der Landeshauptstadt Stuttgart am 14. und 15. Juli 2015 wurden im Vorfeld 31 lokale Konferenzen in 22 Landkreisen mit Landtagsabgeordneten in deren Wahlkreisen durchgeführt, an denen insgesamt rund 2.200 Jugendliche teilnahmen¹³. Aus diesen regionalen Konferenzen wurden Jugendliche als Botschafterinnen und Botschafter zum Jugendlandtag nach Stuttgart entsandt. Insgesamt haben 98 Teilnehmerinnen und Teilnehmer im Alter zwischen 13 und 22 Jahren an diesem vierten, deutlich erweiterten Jugendlandtag 2015 teilgenommen.

Der Landtagspräsident eröffnete den Jugendlandtag, begrüßte und verabschiedete die teilnehmenden Jugendlichen. Bei der Verabschiedung wurde dem Landtagspräsidenten eine auf den Diskussionsergebnissen basierende Resolution überreicht. Sowohl in der Vorbereitung als auch bei der Veranstaltung Jugendlandtag selbst waren die jugendpolitischen Sprecher/innen der Landtagsfraktionen aktiv eingebunden und wirkten als Bindeglied in die Fraktionen hinein. Neben den vier jugendpolitischen Sprecher/innen der Landtagsfraktionen waren in den Diskussionsforen noch rund 30 weitere Landtagsabgeordnete beteiligt. Die Diskussionsthemen haben sich aus den regionalen Konferenzen herauskristallisiert und wurden in einem Zwischenbericht so zusammengefasst, dass sie als Grundlage zur Vorbereitung des Jugendlandtags 2015 dienten. Sowohl alle dort diskutierten Themen als auch die Resolution sind in Form eines Berichtes auf der Homepage zu finden.

Der Jugendlandtag selbst wurde mit unterschiedlichen Methoden gestaltet: Es fanden Workshops mit Partizipationsmethoden wie Zukunftswerkstatt, World-Café und weiteren Dialogverfahren in Kleingruppen wie auch im Plenum statt. Ziel war, den Jugendlichen die Möglichkeit zu geben, ihre Themen und Anliegen im Dialog mit der Landespolitik bzw. den Mitgliedern des Landtags zu entwickeln und zu erörtern.

Der Jugendlandtag in Baden-Württemberg von 2015 weist eine interessante Besonderheit auf. Im Rahmen des Jugendlandtags fand ein thematisches Arbeitsfrühstück mit den Ministerinnen und Ministern der Landesregierung statt. Bemerkenswert ist, dass acht von insgesamt zehn Landesministerinnen und -ministern zu diesem Frühstück gekommen sind und mit den Jugendlichen diskutiert haben. Alle beteiligten Ministerinnen und Minister haben danach mitgeteilt, dass diese Begegnung zwischen den Jugendlichen und den Ressortchefs auch in Zukunft stattfinden soll.

Nach der Landtagswahl 2016 soll das Konzept des zweitägigen Jugendlandtags in Verbindung mit den regionalen Konferenzen durch das Präsidium des Landtags intensiv diskutiert und bewertet werden. Auf Grundlage dieser Bewertung wird der Landtag Baden-Württemberg über das künftige Format verbindlich entscheiden.

13 Für die Regionalkonferenzen und den Jugendlandtag 2015 liegt eine vom Landtag in Auftrag gegebene Auswertung des Instituts für angewandte Sozialwissenschaften vor, die auch stark auf die Inhalte und Themen dieses Beteiligungsprozesses eingeht und die Beschlussvorlage dokumentiert (Roß/Saile 2015).

Veranstalter des Jugendlandtags waren der Landtag von Baden-Württemberg, der Landesjugendring Baden-Württemberg, die Landeszentrale für politische Bildung und der Ring politischer Jugend. Für die Durchführung der regionalen Konferenzen sowie des zweitägigen Jugendlandtags wurden rund 50.000 € bereitgestellt.

Weitere Informationen bieten folgende Netzseiten:

www.wasunsbewegt-bw.de; www.Jungerlandtag-bw.de und www.jugendlandtag.de.

Der Jugendlandtag Baden-Württemberg 2015 war gleichzeitig die Abschlussveranstaltung von „Was uns bewegt – Jugendliche und Landespolitikerinnen und Landespolitiker im Gespräch“. Seit Mai 2014 wurden in 22 Landkreisen Baden-Württembergs 31 Regionalkonferenzen mit insgesamt rund 2.200 Jugendlichen durchgeführt. Die meisten teilnehmenden Jugendlichen fanden den Weg über die im Vorfeld stattfindenden Regionalkonferenzen zum Jugendlandtag. Die in den Regionalkonferenzen ermittelten Ergebnisse und Themen wurden zusammengetragen und waren Grundlage für die zehn Themenworkshops des Jugendlandtags: Integration, Schulpolitik, Mobilität, Hochschulpolitik¹⁴, Gesellschaft, Europa, Jugendpartizipation, Ehrenamt, Flüchtlingspolitik und Umwelt.

Hauptsächlich aus dem Umfeld der regionalen Veranstaltungen wurden 100 Jugendliche in den Jugendlandtag 2015 delegiert. Teilgenommen haben schließlich 98 junge Menschen zwischen 13 und 22 Jahren, jeweils zur Hälfte männlich und weiblich.

Die Zugänge der Jugendlichen zum Jugendlandtag waren dennoch unterschiedlich. Hauptsächlich fanden die Teilnehmenden über die zuvor stattgefundenen Regionalkonferenzen den Weg in den Jugendlandtag. Als weitere Zugänge wurden benannt:

- Schlüsselpersonen und direkte Ansprache in Schulen, Jugendbeteiligungsprozessen, Jugendarbeit und dem Landesjugendring;
- Jugendbeteiligungsformate in den Kommunen (Jugendgemeinderat, Jugendparlament, Jugendforum, weitere Beteiligungsprojekte);
- Jugendprojekte in den Kommunen;
- Veranstalter/innen und Moderator/innen der örtlichen Regionalkonferenz;
- die vorangegangene Teilnahme an „Jugend und Politik im Dialog“ in Berlin;
- die Teilnahme am Jugendlandtag 2013;
- Moderationstätigkeit bei „In Zukunft mit uns“.

Im Zentrum des zweitägigen Jugendlandtags stand die intensive Arbeit in den zehn von Jugendlichen moderierten Workshops, an denen sich auch unabhängige Expertinnen und Experten und Fachpolitikerinnen und Fachpolitiker der verschiedenen Landtagsparteien beteiligt haben. Ein Beteiligter hat vermutlich den gemeinsamen Nenner für die Motivation der Jugendlichen getroffen: „Wir freuen uns, dass wir unsere Meinung einbringen können, den Politikern mal sagen können, was wir auch wollen. Was wir wichtig finden. Und sie auch darauf hinzuweisen, wo man zum Beispiel etwas besser machen könnte und wie.“ Problemlagen wurden ermittelt und Lösungsideen debattiert. In den Arbeitsgruppen zeigten sich die Jugendlichen hoch motiviert, pflichtbewusst und diszipliniert. Lediglich die Moderatoren der Gruppe Ehrenamt berichteten, dass es bei ihren Diskussionen teilweise schleppend voranging. Beeindruckend war, dass selbst in den Abendstunden in der Jugendherberge sich die Jugendlichen an Tischen der Cafeteria zusammengefunden haben und mit dem Austausch über die Themenbereiche und darüber hinaus fortfuhren. Fast alle Jugendlichen der Veranstaltung hatten keinen parteipolitischen Hintergrund. Sie waren in ihrer Denkweise offen, neugierig und interessiert an den Themen. Im Verlauf des Arbeits-

14 Im Workshop „Hochschulpolitik“ wurden auch die Themen und Anliegen der Jugendlichen aus dem Themenbereich Ausbildung bearbeitet.

prozesses und mit der Ausarbeitung der Themen wurden sie fordernd, was auch im Ablauf der Programmstruktur so vorgesehen war.

Direkte Gespräche zwischen den Jugendlichen und den Anwesenden aus der Politik und ein Dialog fanden auf Augenhöhe statt. Eine zentrale Rolle spielten dabei die Moderatorinnen und Moderatoren in den Gruppen. Die Jugendlichen und jungen Erwachsenen waren sich ihrer Rolle in der Moderation bewusst und brachten das nötige Handwerkszeug dafür mit. Die Jugendlichen waren mit hoher Ernsthaftigkeit, Engagement und Spaß bei der Sache. „Ich war sehr positiv überrascht über das Wissen und das Engagement der Jugendlichen hier an meinem Tisch, ich hatte nämlich Jugendliche aus Meßstetten, Sigmaringen und Freiburg hier, die auch schon bei den Bürgerversammlungen waren und sich die Themen eben sehr genau angeschaut haben. Sie kennen übrigens auch die Diskussionen, die es zwischen den Parteien gibt.“ (Integrationsministerin Bilkay Öney).

Das Ergebnis war eine Beschlussvorlage mit Forderungen aus allen zehn Themenbereichen, die am Ende der Veranstaltung den Mitgliedern des Landtags übergeben wurde. Diese Beschlussvorlage beinhaltet die Botschaften der Jugendlichen und ist in vollem Umfang zu finden unter:

<http://wasunsbewegt-bw.de/wp-content/uploads/2015/07/Beschlussvorlage-Jugendlandtag-Baden-W%C3%BCrttemberg-2015.pdf> (Zugriffsdatum: 23.08.2015)

Stimmen und Bewertungen der Jugendlichen:

„Dass wir die drei Stunden Zeit hatten, wirklich auch in den Gruppen individuell die Themen auszuarbeiten. Das fand ich sehr gut. Auch, dass die Politiker dann dabei waren.“

„Ist wirklich eine gute Stimmung hier.“

„Weil man wirklich direkt mit dem Kultusminister reden konnte und er auch seine eigene persönliche Meinung dazu gesagt hat. Das war am effektivsten und da hat man den größten Einblick erhalten, fand ich.“

„Mit was bin ich zufrieden? Dass wir die Themen besprochen haben, dass wir in einen vernünftigen Dialog getreten sind. Wir waren alle drei bei „Jugend und Politik im Dialog“ in Berlin und das war da sehr kurz, wir hatten kaum Zeit und das war hier viel besser. Wir haben wirklich uns mit den Themen und mit den Politikern eine halbe Stunde Zeit genommen und sind in einen intensiven Austausch getreten. Und dann fand ich auch das Frühstück am Morgen, das hat noch mal sehr viel gebracht, da ist auch noch sehr viel bei rumgekommen und das fand ich sehr, sehr positiv.“

„War extrem genial, mit den Politikern reden zu können. Und vor allem, wir haben sehr viel Energie rein gesteckt, jetzt einfach unsere Forderungen auszuarbeiten. Und sicherlich, wir haben unsere Gedanken, aber das an Politiker herantragen zu können und eine konstruktive Kritik zu bekommen und einfach auch gesagt zu bekommen, es funktioniert. Man muss was tun. Das ist einfach eine Bestätigung, was gut tut“

„So ziemlich alles, was man in der Regionalkonferenz beredet hat, hat man tatsächlich hier in irgendeiner einer Art aufgegriffen.“

„Wir freuen uns auch, sozusagen uns in diese Meinung mit einzubringen, den Politikern mal sagen zu können, was wir vielleicht auch wollen, was wir wichtig finden und sie auch drauf hinzuweisen, wo man zum Beispiel etwas besser machen könnte und wie.“

Rückmeldung der Kabinettsmitglieder nach dem Frühstücksgespräch:

„Für mich war das Gespräch jetzt ganz wichtig, weil ich ganz viele Dinge erfahren habe, die mir bisher so nicht bewusst waren“ (Sozialministerin Katrin Altpeter).

„Alles sehr, sehr spannende Fragen, die mir zeigen, dass die Schülerinnen und Schü-

ler, die hier am Tisch saßen genau die Punkte auch als wichtig erachten, die wir in der Politik umsetzen wollen“ (Kultusminister Andreas Stoch).

„Ja, das war eine intensive Stunde und traurig ist eigentlich, dass wir nicht einfach sagen können, wir sagen die erste aktuelle Debatte im Landtag heut Morgen einfach ab und machen hier weiter. Weil ich finde, wir bräuchten hier noch eine Stunde Zeit... Ich fand das jetzt hoch spannend und würde das jetzt auch liebend gerne weitermache.“ (Umweltminister Franz Untersteller).

„Es hat mich positiv und erstaunlich überrascht, dass einmal die Veränderung unserer Gemeindeordnung, der Paragraph 41a¹⁵, hier doch so einen hohen Stellenwert hat. Dass die Jugendlichen sehr erwarten, dass das jetzt umgesetzt wird“ (Staatsrätin Gisela Erler).

„Ich habe die Erfahrung gemacht, dass die Teilnehmer an meinem Tisch sehr interessiert gewesen sind. Das hat mir gezeigt, dass der Spruch ‚Jugend würde sich nicht für Politik interessieren‘, einfach falsch ist! ... Ich würde mir ganz einfach wünschen, dass wir immer wieder Gelegenheit haben, mit jungen Leuten in den Austausch, in den Diskurs zu kommen“ (Innenminister Reinhold Gall).

„Jugendliche haben einen anderen Blick auf die Politik, weil sie anders betroffen sind“ (Verkehrsminister Winfried Hermann).

„Ich war sehr positiv überrascht über das Wissen und das Engagement der Jugendlichen“ (Integrationsministerin Bilkay Öney).

Vorläufiges Fazit

1. Der durch Regionalkonferenzen vorbereitete Jugendlandtag 2015 in Stuttgart war ein weitgehend gelungenes dialogorientiertes Beteiligungsformat, das Jugendlichen des Landes die Möglichkeit bot, eine eigene politische Agenda zu entwickeln und diese mit Akteuren der Landespolitik zu diskutieren. Dies wird bereits im Titel des Gesamtvorhabens deutlich („Was uns bewegt – Jugendliche und Landespolitikerinnen und Landespolitiker im Gespräch“) und durch das Motto des Landtagspräsidenten bestätigt: „Demokratie lernt man am besten, wenn man sie praktiziert“¹⁶.
2. Folgende Gelingensbedingungen dieses dialogischen Beteiligungsprozesses lassen sich hervorheben:
 - Ein niedrighschwelliger Vorlauf von 31 Regionalkonferenzen in 22 Landkreisen Baden-Württembergs, an dem sich rund 2.200 Jugendliche beteiligten. Diese breite Beteiligung ermöglichte nicht nur die Entwicklung einer eigenen, übergreifenden politischen Agenda, sondern legitimierte auch die Auswahl von Delegierten für den abschließenden Jugendlandtag.
 - Durch den regionalen Vorlauf und gezielte Ansprachen ist es offensichtlich gelungen, besonders interessierte, hochmotivierte, aber parteipolitisch nicht festgelegte Jugendliche für den Jugendlandtag zu gewinnen.
 - Die arbeitsteilige Konzentration des Diskussionsprozesses auf selbstgewählte zentrale politische Themen ermöglichte eine detaillierte „Beschlussvorlage“, mit der dieser Beteiligungsprozess einen (vorläufigen) ergebnisorientierten Abschluss gefunden hat. Damit ergab der gesamte Beteiligungsprozess aus der Sicht der Jugendlichen Sinn.
 - Zum Erfolg dieser Agenda-Entwicklung hat sicherlich auch die Moderation durch entsprechend qualifizierte peers und die Unterstützung von Expertinnen und Experten beigetragen.

15 Dabei geht es um die in der Kommunalverfassung des Landes neu verankerten Pflicht der Kommunen zur Jugendbeteiligung.

16 Zitiert nach Roß/Saile 2015: 5.

- Zu einem gelungenen Dialog hat nicht zuletzt die wertschätzende und interessierte Haltung der Politik beitragen. Diese kommt in der breiten Beteiligung von Fachpolitikerinnen und Fachpolitikern an den Themengruppen und im eindrucksvollen Engagement von Regierungsmitgliedern beim gemeinsamen Arbeitsfrühstück ebenso zum Ausdruck wie in der Einbindung des Jugendlandtags in eine inhaltlich wertschätzende Parlamentsdebatte im Zusammenhang mit der Übergabe der „Beschlussvorlage“. Wertschätzung zeigte sich auch in der Ausgestaltung der Rahmenbedingungen (Räume, Diskussionsmöglichkeiten etc.).
 - Damit konnte bei den beteiligten Jugendlichen das Gesamtbild einer offenen und diskussionsbereiten Politik entstehen, die nicht versuchte sich zu rechtfertigen, sondern den Jugendlichen auf gleicher Augenhöhe begegnete und die Ideen und Anliegen der Jugendlichen durchaus ernst nahm.
3. Der Jugendlandtag 2015 fügt sich somit in das beteiligungsorientierte Leitbild der grün-roten Landesregierung mit ihrer programmatischen „Politik des Gehörtwerdens“ (vgl. Kiderlen/Metzner 2013; Roth 2016a). Allerdings gibt es Desiderata, die teilweise auch von Jugendlichen vorgebracht wurden:
- An erster Stelle steht für sie die Frage, was aus der erarbeiteten „Beschlussvorlage“ wird. Der Begriff stellt in diesem Zusammenhang ja einen aufschlussreichen Euphemismus dar, denn es handelt sich gerade nicht um eine Vorlage, über die dann das Landesparlament abschließend befindet. Aber der Begriff macht deutlich, dass es den Jugendlichen nicht um eine unverbindliche Diskussionsübung, sondern um realen Einfluss auf politische Entscheidungen gegangen ist. Das wohlwollende und wertschätzende Interesse aus Regierung und Parlament hat sie in dieser Erwartung bestärkt. Eine Jugendliche äußerte mit Blick auf die erarbeiteten Vorschläge die Sorge: „dass die nicht verloren gehen. Da weiß ich jetzt aber nicht, wo die hinkommen. Das finde ich noch problematisch.“ Bisher gibt es keine Verabredung, wie die Umsetzung dieser Jugendagenda gedacht ist. Anders als z.B. in der Hamburger Bürgerschaft gibt es keine feste Verabredung, dass die zuständigen Ausschüsse Jugendliche zur Diskussion ihrer Forderungen einladen. Eine weitergehende Rechenschaftspflicht, wie sie z.B. gegenüber dem Jugendforum in Rheinland-Pfalz von Seiten der Landesregierung praktiziert wird (Hartnuß/Meinhold-Henschel 2016), ist nicht vorgesehen.
 - Zu dieser politischen Unverbindlichkeit gehört auch die schwache Institutionalisierung des Jugendlandtags. Jugendliche des Landes können sich nicht darauf verlassen, regelmäßig politisch „gehört“ zu werden, wie die großen zeitlichen Abstände der Jugendlandtage verdeutlichen. Zwar hat Baden-Württembergs Landtag die verpflichtende Jugendbeteiligung für die kommunale Ebene beschlossen, aber bisher keine Festlegung in eigener Sache getroffen, obwohl das Modell „Jugendlandtag 2015“ durchaus zukunftsfähig scheint. Es ist auf Dauer für die Beteiligungskultur des Landes nicht förderlich, wenn Jugendbeteiligung auf Landesebene immer wieder erneut zur Disposition gestellt wird. Hier wäre ein Minimum an institutionellen Garantien, die weiterreichende Innovationen ja nicht ausschließen müssen, sicherlich hilfreich. Dabei geht es nicht um die Selbstbindung, dass die Agenda des Jugendlandtags auch beschlossen wird, sondern um die Zusage, regelmäßig Jugendlichen die Möglichkeit zu geben, ihre Interessen zu finden, zu artikulieren und sie in die landespolitische Debatte einzubringen – und zu erfahren, was aus den Vorschlägen im Landtag geworden ist.
 - Angesichts der wachsenden, sozial- und bildungsbedingten Ungleichheiten bei allen Formen der politischen Beteiligung wird künftig darauf zu achten sein, dass möglichst alle Gruppen von Jugendlichen die Chance haben, ihre Interessen im Jugendlandtag repräsentiert zu finden. Die vorliegende Studie, aber auch die Untersuchung des IfaS geben keinen Aufschluss darüber, ob und in welchem Umfang es gelungen ist, „partizipationsferne“ bzw. „stille“ Jugendliche in den Regionalforen und bei der Auswahl der Delegierten einzubinden. Von den dazu nötigen

aufsuchenden und projektorientierten Beteiligungsformaten ist allerdings nicht die Rede. Es gehört zu den Selbstverständlichkeiten, dass es nicht „die“ Jugendinteressen gibt. Die Legitimität und Repräsentationskraft von Jugendlandtagen hängt davon ab, ob es gelingt, die vorhandene Vielfalt jugendlicher Milieus und Interessen abzubilden.

- Schließlich gehört heute angesichts veränderter Kommunikationsgewohnheiten eine gute Verknüpfung von on- und offline zum Standard von erfolgreichen Beteiligungsprozessen. Eine dichte und moderierte Internetbegleitung der Regionalforen und ihrer Ergebnisse durch ein Online-Forum könnte, wie das Beispiel des Jugendforums Rheinland-Pfalz zeigt (www.jugendforum.rlp.de), zu einer Ausweitung und Qualitätsverbesserung des Beteiligungsprozesses beitragen.

3.1. Hamburg: „Jugend im Parlament“

Seit 1992 lädt die Hamburger Bürgerschaft rund 100 Jugendliche zu „Jugend im Parlament“ ein. Organisiert wurde die Veranstaltung zunächst in einem Dreierbündnis von Bürgerschaftskanzlei, SchülerInnenkammer Hamburg und Landesjugendring, seit 2003/04 ist es ein alleiniges Projekt der Bürgerschaft. Dem Stadtstaat genügt dabei ein niedriges Budget von bis zu 5.000 Euro. Drei Viertel der Teilnehmerinnen und Teilnehmer werden über die Hamburger Schulen erreicht und ein Viertel kommt aus Ausbildungsbetrieben. Die Veranstaltung dauert fünf Tage und findet ohne Übernachtung statt. Die Teilnehmerinnen und Teilnehmer diskutieren in einer ersten Kleingruppenarbeit die anliegenden Themen, die sie während „Jugend im Parlament“ bearbeitet wissen wollen. Diese werden dann durch das Planspielplenum verabschiedet.

Die Landesparlamentspräsidentin bzw. der Landtagspräsident eröffnet „Jugend im Parlament“. Am Ende des Planspiels nimmt sie/er auch die formulierte Resolution entgegen, die in einer Drucksache veröffentlicht und allen Abgeordneten der Bürgerschaft zur Verfügung gestellt wird. Die Ergebnisse der Diskussionen und die Resolution werden im Anschluss von „Jugend im Parlament“ in den Ausschüssen der Hamburger Bürgerschaft mit Beteiligung der Teilnehmerinnen und Teilnehmer diskutiert und weiterbearbeitet.

Die jugendpolitischen Sprecher/innen sowie 20 weitere Mitglieder der Hamburger Bürgerschaft sind während der Veranstaltung „Jugend und Parlament“ in verschiedenen Gesprächsrunden dabei. „Jugend im Parlament“ ist als viertägiges Planspiel konzipiert. Dieses Planspiel beinhaltet zum einen, dass den jungen Teilnehmerinnen und Teilnehmer die parlamentarischen Abläufe vermittelt werden. Sie haben aber auch die Möglichkeit, die Anliegen und Themen Hamburger Jugendlicher in einem Planspiel zu diskutieren und dabei Lösungen zu entwickeln¹⁷.

An der Veranstaltung „Jugend im Parlament (JiP)“ 2015 nahmen 125 Jugendliche im Alter zwischen 15 und 21 Jahren teil. Die allermeisten haben über die Schule von JiP erfahren. Der Kontakt zu den jeweiligen Lehrerinnen und Lehrern, die im Bereich Politik, Gesellschaft, Wirtschaft unterrichten, und vor allem auch zu den Ausbildungsbetrieben, scheint sehr eng und wirkungsvoll. Viele Lehrer/innen scheinen voll hinter dem Format zu stehen. Teilweise gab es wohl mehrere Bewerbungen innerhalb einer Schule, um bei JiP teilnehmen zu können.

¹⁷ Weitere Informationen auf <https://www.hamburgische-buergerschaft.de/kinder-und-jugend/4409318/jugend-im-parlament/>; <http://www.jugendimparlament.de/jip/ueberjip.htm>; Parlamentsdrucksache 21/1884, <https://www.buergerschaft-hh.de/ParlDok/dokument/50773/protokoll-der-%C3%B6ffentlichen-sitzung-des-ausschusses-f%C3%BCr-soziales-arbeit-und-integration.pdf>

Aus der teilnehmenden Beobachtung¹⁸:

Es nehmen außergewöhnlich viele Azubis aus sehr unterschiedlichen betrieblichen Bereichen mit Ausbildungsberufen wie Werkzeugmechaniker, Immobilienkauffrau, Bankkaufmann oder Systeminformatiker aus 20 in Hamburg ansässigen Betrieben (wie z.B. Montblanc oder Lufthansa) teil. Oft hat die Chefin oder der Chef den Vorschlag eingebracht und dazu ermutigt, bei „Jugend im Parlament“ mitzumachen. Es gab insgesamt 150 Bewerbungen auf 125 Plätze. Die Präsidentin der Hamburger Bürgerschaft eröffnete die Veranstaltung. Sie blieb danach zwar nicht lange, vermittelte den Jugendlichen aber das Gefühl, dass das Ergebnis der kommenden Tage intensiver Arbeit bzw. die Resolution von „Jugend im Parlament“ mit Spannung erwartet werde. Sie zeigte sich, stellvertretend für die Bürgerschaft, sehr aufgeschlossen und offen für die Ergebnisse von JiP. Die Resolution komme „richtig in die Datenbank und wird dann an die Ausschüsse verwiesen“, diesen „richtig auf den Tisch gelegt“, weshalb sie die Jugendlichen aufforderte, auch „am Ende zu Ergebnissen“ zu kommen. Da der parlamentarische Betrieb neben der Veranstaltung normal weiterlief, haben am ersten Tag nur einzelne Abgeordnete für ein paar Minuten im Plenarsaal vorbeigeschaut.

Auf Einladung der Jugendlichen bzw. der konkreten Ausschüsse kamen dann Expertinnen und Experten (bspw. vom NABU) und einzelne Fachpolitikerinnen und Fachpolitiker, die auch „im echten Leben“ in den entsprechenden Ausschüssen sitzen, zur Expertenanhörungen, bei der alle Parteien vertreten waren.

Die Politikerinnen und Politiker hielten sich, wenn sie kurz im Plenarsaal vorbeigeschaut haben, im Hintergrund, hörten den Diskussionen zu und beobachten das Geschehen. In den Expertenanhörungen in den Ausschüssen mit Beteiligung der Politikerinnen und Politiker wurde nur inhaltlich zu den jeweiligen Themen diskutiert. Die Jugendlichen leiteten dieses Forum selbst und nutzten dieses deshalb vor allem dazu, ihre eigenen Argumente zu testen, zu bestätigen bzw. zu erweitern und die Positionen der aktuellen Politik nachzuvollziehen. Die anwesenden Parlamentarierinnen und Parlamentarier waren dabei eher in einer verteidigenden und erklärenden Position. Die Vorsitzende des Gesundheitsausschusses, Fr. Blömeke (gesundheitspolitische Sprecherin der Grünen), war am Montag z.B. in zwei Ausschüssen und erklärte dort vor allem, was im „richtigen“ Ausschuss dazu aktuell diskutiert wird und wie der Ausschuss generell arbeitet.

Folgende Themenvorschläge wurden von den Jugendlichen für die Aktuelle Stunde gemacht:

1. Soll Cannabis legalisiert werden?
2. Unter welchen Aspekten kann Olympia in Hamburg stattfinden? (25 Stimmen und somit Thema der aktuellen Stunde am Dienstag)
3. Olympia – Vereinbarkeit der Unterbringung von Flüchtlingen mit dem Bau von Sportstätten
4. Welche Konsequenzen bringt der VW-Skandal mit sich?
5. Waffenexporte (Anm.: über den Hamburger Hafen)
6. Wie kann Hamburg die Flüchtlinge sinnvoll unterbringen und integrieren?

Die Themen für die Ausschüsse nach Wichtigkeit:

1. Foodsharing: wie kann man die Lebensmittelverschwendung minimieren bzw. stoppen? (38 Stimmen) – Gesundheitsausschuss,
2. Sollte Marihuana legalisiert werden und wenn ja, unter welchen Umständen? (28 Stimmen) – Gesundheitsausschuss

¹⁸ Die teilnehmende Beobachtung konnte nur an den ersten beiden Tagen realisiert werden.

3. Wie lässt sich die Flüchtlingsproblematik lösen, wie kann der Flüchtlingsstrom gestoppt werden? (War so formuliert worden, aufgenommen und kommuniziert wurde das Thema dann als: Wie können Asylverfahren verbessert werden?) Wie können Flüchtlinge effektiv sozial ausgewogen integriert werden? (26 Stimmen) – Ausschuss Arbeit, Soziales und Integration
4. Elbvertiefung – überwiegt der wirtschaftliche Vorteil oder sind die Konsequenzen für die Umwelt wichtiger? Wirtschaft vs. Umwelt, welche Aspekte überwiegen? (21 Stimmen) – Ausschuss Umwelt und Energie
5. Soll Olympia nach Hamburg kommen, ja oder nein? (17 Stimmen) – Ausschuss Sport und Olympia

Die Themenfindung passierte nicht einheitlich oder geregelt und insgesamt sehr unorganisiert. Einzelne, sehr spontane und vor Ort eingeteilte Gruppen sollten Themen vorschlagen. Nicht alle Jugendlichen brachten aber gleich konkrete Fragen und/oder argumentativ begründete Themen mit ins Plenum. Der Ablauf, wie Themen gefunden und gewichtet werden, auf Ausschüsse übertragen und wie diese dann besetzt werden, war für die Jugendlichen sehr intransparent und ungeregelt. Sie forderten deshalb mehr Zeit für ihre Themenwahl.

Im Vordergrund der Diskussionen standen tatsächlich die Inhalte und Argumente zu den jeweiligen Themen. Strategische Manöver und Argumentationen fanden kaum statt. Es gab keine Fraktionen, und da sich jeder frei zu einem Thema zuordnen konnte, verkörperten die Jugendlichen einfach sich selbst. Dementsprechend sachlich und respektvoll liefen die Diskussionen ab. Ein Teilnehmer sprach von einer „hohen Akzeptanz für jede Meinung“. Viele zeigten und äußerten ein hohes Interesse daran, auch fremde Positionen und andere Argumentationen zu einem Thema kennen zu lernen. Allerdings blieben die Diskussionen in den ersten beiden Tagen sehr oberflächlich. Ich hatte den Eindruck, den mehrere Teilnehmerinnen und Teilnehmer bestätigten, dass sich fast niemand im Vorfeld explizit auf die Veranstaltung und „seine Rolle“ vorbereitet hat. Für viele war es auch der erste Kontakt mit Politik und politischer Beteiligung. Einige Jugendliche - mehrheitlich mit hohem Bildungsstand – äußerten dementsprechend Unmut und sogar Frustration, weil sie den Eindruck hatten, durch die Debatten nicht weiter zu kommen. Zu Kontroversen kam es bei den Themen Olympia in Hamburg, Elbvertiefung und Cannabis-Legalisierung.

In den meisten Ausschüssen hatten sich Unter-Ausschüsse bzw. Arbeitsgruppen gebildet. Es gab vielfältige Möglichkeiten, sich einzubringen, sei es durch Recherche zu einem Thema (hierfür gab es viel Zeit) oder Ortsbesuch (bspw. bei einer „Tafel“), so dass nur wenige Jugendliche das Geschehen von außen beobachteten und nicht aktiv teilnahmen. In Einzelgesprächen wurde berichtet, dass die meisten sehr motiviert sind, mitzumachen, weil sie durchweg alle das Gefühl haben, hier etwas erreichen zu können. Eine Teilnehmerin sagte: „Wir kommen mit einem Gefühl her, dass wir auch wirklich was bewirken und mitmachen können“, weil die Themen „ja auch in der Bürgerschaft thematisiert werden“, wie ein zweiter ergänzte.

Die Jugendlichen waren zum Großteil bisher noch nicht politisch aktiv, was sich in den Diskussionen und Argumentationen niederschlug. Viele hatten hier zum ersten Mal Kontakt mit der Politik, fanden es aber toll, Politik mal live und in einem größeren Rahmen zu erleben. Sie waren motiviert, ihre Meinung zum Ausdruck zu bringen und „den Politiker/innen zu zeigen, dass da auch was hintersteckt“. „Also wenn man das mit Schule vergleicht: hier macht fast jeder mit und selbst, wenn man schüchtern ist, man sagt irgendwie trotzdem was, obwohl man hier niemanden kennt. Alle haben Lust, da irgendwie mitzumachen. Man möchte auch was erreichen und deswegen machen, glaube ich, auch alle mit.“

In den ersten beiden Tagen waren die Jugendlichen damit beschäftigt, die Struktur der Veranstaltung und den Sinn der einzelnen Elemente und Abläufe (Aktuelle Stunde, die Arbeit in den Ausschüssen) zu verstehen und sich nutzbar zu machen. Außerdem wurde viel Zeit

für die Themenfindung und die Klärung der Herangehensweise an die Themen verwendet. Dies lag wohl auch daran, dass viele die Chance, Themen auf die Agenda der Bürgerschaft bzw. ihrer Ausschüsse zu setzen und die eigene Meinung an Mitglieder der Bürgerschaft weiterzugeben, im Vorfeld nicht so wahrgenommen haben bzw. nicht mit dieser konkreten Absicht ins Parlament gekommen sind. Dies wurde erst im Verlauf der Veranstaltung klar, als dann einzelne Abgeordnete in den Ausschüssen befragt wurden.

Viele Jugendliche genossen das Event als solches: „Ich fand das cool, weil man das ja sonst so eigentlich nur im Fernsehen sieht, wenn die das beim Bundestag machen und dann vorne jemand redet und jetzt saß man mittendrin und das fand ich schon richtig cool. Da fühlte man sich schon wichtiger.“ Diese und ähnliche Aussagen sollten jedoch nicht als Gefühl der politischen Anerkennung verstanden werden. Es blieb eine gewisse Distanz zur „richtigen“ Politik und dem politischen Prozess. Das lag vermutlich auch daran, dass das Planspiel nur schwach strukturiert (keine Rollenverteilung, keine Parteien, keine Anleitung oder Moderation, die Jugendlichen sind auf sich gestellt).

Im Ergebnis entstand ein umfangreicher 17-seitiger Katalog mit teilweise sehr konkreten Forderungen. Dazu eine Auswahl:

„Wir fordern eine ausgewogene Verteilung der Flüchtlinge auf alle Bezirke unter Berücksichtigung der Einwohnerzahl, eine Dezentralisierung der Flüchtlingsunterkünfte und zentrale Standorte mit angemessener Infrastruktur. [...] Wir fordern besondere Behandlungsmöglichkeiten, den individuellen psychischen und physischen Bedürfnissen der Flüchtlinge entsprechend. Es muss Rückzugsmöglichkeiten für alle Personen geben, die unter besonderen Druck stehen, insbesondere Frauen und Kinder.“

„Wir fordern die Hamburgische Bürgerschaft auf, sich dafür einzusetzen, Kindern die Möglichkeit zu geben, an Kochkursen mit angeblich ‚nicht verwertbarem‘ Gemüse teilzunehmen.“

„Nach intensiven Diskussionen und Expertengesprächen sind wir zu dem Entschluss gekommen, dass eine Fahrrinnenanpassung vorteilhaft wäre. Daher empfehlen wir Folgendes:

- die Erarbeitung eines neuen und nachhaltigen Konzeptes, basierend auf der Erstellung neuer Gutachten, zur einmaligen Fahrrinnenanpassung anstelle des Konzeptes von 2006,
- eine Kooperation von Wirtschaft, Politik, Naturschutzverbänden und Beteiligten bzw. betroffenen Bürger/innen zur Erarbeitung des neuen Konzeptes zur Fahrrinnenanpassung der Elbe.“

Die Teilnehmerinnen und Teilnehmer von „Jugend im Parlament“ übergaben die in den Ausschüssen erarbeitete Resolution am letzten Tag der Präsidentin der Bürgerschaft. Der Familien-, Kinder- und Jugendausschuss übergab sie danach an die zuständigen Fachausschüsse, die Jugendliche aus der Veranstaltung einladen, um mit ihnen ihre Ergebnisse zu diskutieren. Dieses Angebot wird nach Aussagen ehemaliger Teilnehmerinnen und Teilnehmer, die nun als Helfer von JiP tätig sind, auch gut genutzt, selbst wenn die entsprechenden Sitzungen teilweise bis zu sechs Monaten später stattfinden.

Vorläufiges Fazit

1. Konzeptionell kombiniert „Jugend im Parlament“ Planspiel und Jugendbeteiligung. Auf der Webseite der Hamburgischen Bürgerschaft wird die Veranstaltung als „größtes Planspiel“ beworben: „Dort, wo sonst Abgeordnete der Hamburgischen Bürgerschaft wirken – im Plenarsaal geht es um die Themen, die unsere Stadt bewegen. Es wird diskutiert und beraten. Es werden Anträge und Resolutionen verfasst. Schließlich wird abgestimmt.“ JiP ist offiziell vor allem ein Bildungsformat, in dem es darum geht, spielerisch parlamentarische Meinungsbildung und Entscheidungsfindung zu praktizieren. Die von den jungen Menschen eingebrachten Themen erscheinen als „Mittel zum

Zweck“ der politischen Bildung. Auf der JiP-Seite wurde das Format bis 2003 weniger als Planspiel (der Begriff wird vermieden), sondern stärker als – zumindest in Teilen – erfolgreiches Beteiligungsmodell vorgestellt¹⁹. So wurden z.B. „Erfolge und Niederlagen“ in der Umsetzung der seit 1992 bei JiP formulierten Forderungen bilanziert, aber auch die zuweilen unzureichende Behandlung der Resolutionen im Parlament beklagt.

2. In der Praxis ist der Planspielcharakter der Veranstaltung deutlich zurückgetreten. So wurde im Ablauf der fünftägigen Veranstaltung wenig auf Rollen (z.B. die Bildung von „Parteien“ oder die Übernahme von parlamentarischen Funktionen) geachtet. Parlamentarische Gepflogenheiten (z.B. korrekte Anrede, Zeitdisziplin) fanden nur in wenigen Einzelfällen Beachtung. Auf die Vermittlung parlamentarischer Arbeitsformate (Aktuelle Stunde, Ausschussarbeit etc.) wurde von den Helferinnen und Helfern vergleichsweise wenig Wert gelegt. Die Freiräume für die arbeitsteilige Erarbeitung und Diskussion der Forderungen waren dagegen erheblich. Dies begünstigte eine lockere und offene Gesprächskultur unter den Jugendlichen, ließ aber an den ersten Tagen auch chaotische Situationen entstehen.
3. Ernstcharakter und Wertschätzung im Sinne einer wirksamen Jugendbeteiligung werden durch das Setting zusätzlich verstärkt (Übergabe der Resolution an die Präsidentin der Bürgerschaft am letzten Tag und ihre Weiterleitung an die zuständigen Ausschüsse sowie eine spätere Bilanz der Umsetzung).
4. Die große Mehrzahl der Jugendlichen ist ins Parlament gekommen, weil sie Politikerinnen und Politikern ihre Meinung sagen und damit etwas bewegen möchte. Für die beteiligten Parlamentsmitglieder bot JiP eine gute Gelegenheit, die Ansichten junger Menschen näher kennenzulernen. An parlamentarischen Abläufen herrschte nur nachrangiges Interesse, zumal diese nur unzureichend vermittelt wurden. Die Jugendlichen konnten und mussten also selbst erproben, wie sie Lernprozesse und Meinungsbildung am besten organisieren.
5. Die Kombination von Planspiel und Jugendbeteiligung kann – zumindest für 2015 - nur mit Einschränkungen als gelungen betrachtet werden. Gemessen an den Regeln von Planspielen, die sich um möglichst wirklichkeitsnahe Abläufe und eine entsprechende Rollenverteilung bemühen, kann nur von einer unverbindlichen „light“-Version gesprochen werden. Die Räumlichkeiten des Parlaments werden genutzt und Ausschüsse gebildet, aber die Abläufe entsprechen weitgehend nicht dem parlamentarischen Alltag. Ob bei den Teilnehmenden wirklich ein tieferes Verständnis parlamentarischer Praxis entstanden ist, kann deshalb bezweifelt werden.

Als Beteiligungsangebot eines Stadtstaates an junge Menschen weist „Jugend im Parlament“ einige Pluspunkte auf. Dies beginnt mit der vergleichsweise breiten Rekrutierung von Jugendlichen, die in Ansätzen die Vielfalt der Jugendwelten in Hamburg gespiegelt haben dürfte und endet bei einer klaren Umsetzungsperspektive für die Forderungen (Befassung in den „normalen“ Ausschüssen der Bürgerschaft mit Beteiligung von Jugendlichen). Hinzu kommt die Einbindung von Parlamentarierinnen und Parlamentariern und der lokalen Öffentlichkeit, aber auch die Beteiligung von Jugendvertretungen an der Organisation und Dokumentation der Veranstaltung.

Mit Blick auf die Beteiligungskomponente werden jedoch auch Schwächen deutlich. Da es keinen dezentralen Vorlauf für „Jugend im Parlament“ (z.B. in den Bezirken, in Schulen, Jugendeinrichtungen) und keine vorbereitende oder begleitende online-Beteiligung gibt,

19 „Bei ‚Jugend im Parlament‘ haben Jugendliche die Möglichkeit, die Abläufe des Parlaments kennenzulernen und selber Politik zu machen. Wie ‚echte‘ Abgeordnete diskutiert Mensch dort fünf Tage in Ausschüssen und fasst Beschlüsse, die dann im großen Plenarsaal den anwesenden Teilnehmer/innen und über die anwesenden Medien der Hamburger Öffentlichkeit vorgestellt werden können. Doch dabei bleibt es nicht! Die Hamburger Bürgerschaftsabgeordneten befassen sich mit den Beschlüssen und laden die Teilnehmer/innen zu ihren Sitzungen ein. (www.jugendimparlament.de).

erscheinen sowohl die Zusammensetzung der Teilnehmerinnen und Teilnehmer von JiP wie auch deren Themenwahl relativ beliebig. Dies hat zur Folge, dass auch die Legitimationskraft der Vorschläge vergleichsweise gering ist und von den Resolutionen von „Jugend im Parlament“ nur eine geringe Verbindlichkeit ausgeht. Es kann bezweifelt werden, dass „Jugend im Parlament“ jenseits der unmittelbar Beteiligten als bekannte, legitime und wirksame Form der Jugendbeteiligung auf Landesebene wahrgenommen wird.

3.3. Mecklenburg-Vorpommern: „Jugend im Landtag“ und „Jugend fragt nach“

Seit 2000 führt der Landtag von Mecklenburg-Vorpommern das Dialogformat „Jugend im Landtag“ (JiL) in Kooperation mit dem Landesjugendring durch. Die Veranstaltung findet alle zwei Jahre statt (2014 mit 70 Teilnehmerinnen und Teilnehmern, zuletzt 2016 mit rund 100 jungen Leuten)²⁰. Im Folgejahr von ‚Jugend im Landtag‘ findet immer die Veranstaltung „Jugend fragt nach“ statt (2015 mit 30 Jugendlichen). Unsere Aussagen zur teilnehmenden Beobachtung beziehen sich ausschließlich auf „Jugend fragt nach“ 2015.

Die 13- bis 18-jährigen Teilnehmerinnen und Teilnehmer werden hauptsächlich über die Schulen und über landesweite Netzwerke der Jugendarbeit und Jugendpolitik eingeladen. Von den 17 männlichen und 13 weiblichen Teilnehmern besuchten alle bis auf zwei ein Gymnasium. Die Parlamentspräsidentin eröffnet „Jugend im Landtag“. Zudem sind noch bis zu 25 Abgeordnete bei „Jugend im Landtag“ aktiv, bei „Jugend fragt nach“ sind es über 10 Abgeordnete, die im Dialog mit den Jugendlichen stehen.

Die Themen und Workshops sowie das Programm von „Jugend im Landtag“ bzw. „Jugend fragt nach“ werden vorab bei jeweils drei Planungstreffen zusammen mit Jugendlichen konzipiert. Zu Beginn der Veranstaltungen wählen die Teilnehmenden die Workshops, in denen sie mitarbeiten werden. Die in den Workshops erarbeiteten Forderungen werden im Plenum unter den Teilnehmenden abgestimmt und am Ende der Veranstaltung Abgeordneten des Landtages vorgestellt und mit ihnen an Thementischen diskutiert. Dabei entstehen mit Abgeordneten oder unter Teilnehmenden Verabredungen, wie mit den Themen und Forderungen weiter verfahren werden soll. Im Rahmen der Nachbereitung von „Jugend fragt nach 2015“ zusammen mit Landtagsabgeordneten wurde zum Beispiel ein gemeinsames „Kamingespräch“ von Jugendlichen, Abgeordneten, Senior*innen, jungen Geflüchteten und deren Unterstützer*innen verabredet.

Eine Besonderheit der Veranstaltung von 2015 ist hervorzuheben. Direkt im Anschluss an „Jugend fragt nach“ fand als Tagesveranstaltung ein erster Generationendialog mit dem Altenparlament Mecklenburg-Vorpommern statt²¹, der in Zukunft regelmäßig weiter geführt werden soll. Im Juni 2016 fand die zehnte Veranstaltung „Jugend im Landtag“ statt. Sowohl „Jugend im Landtag“ als auch „Jugend fragt nach“ werden mit unterschiedlichen Formaten gestaltet. Es finden Workshops mit Elementen der Methode Zukunftswerkstatt, Word Café und weiteren Dialogmethoden sowohl in Kleingruppen als auch im Plenum

20 Die viertägige Veranstaltung bot 2016 eine Kombination aus Planspiel, thematischen Workshops und Dialogen mit Abgeordneten. Eingeladen waren Jugendliche zwischen 14 und 25 Jahren. Zusätzliches Ziel war – wenige Monate vor der Landtagswahl – die Erarbeitung eines „Jugendregierungsprogramms“ unter dem Motto „Land gewinnen“. Zusätzlich wurde eine online-Kommentierung über einen Blog angeboten. Ergebnis war ein mit dem Aufruf zur Wahl verbundenes „Jugendregierungsprogramm“, das detaillierte Forderungen, Umsetzungsperspektiven und Begründungen zu den Themen politische Jugendbeteiligung, Gender & Sex, Umwelt, Mobilität, digitale Gerechtigkeit, Flucht und Migration, Armut und „Welt ohne Geld“ enthält.

21 Das Altenparlament tagt alle zwei Jahre, wird durch ein Organisationskomitee ausführlich vorbereitet und setzt sich aus 71 VertreterInnen seniorenpolitischer Organisationen nach einem Delegierten-schlüssel zusammen. Die Beschlüsse des Altenparlaments werden als Empfehlungen an die politischen EntscheidungsträgerInnen weitergeleitet und der Stand der Umsetzung wird in regelmäßigen Abständen mit ihnen diskutiert.

statt. Übergreifendes Ziel hierbei ist es, den Jugendlichen die Möglichkeit zu geben, ihre Themen und Anliegen im dialogischen Prozess mit Landespolitikerinnen und –politikern zu erörtern.

Veranstalter ist der Landesjugendring Mecklenburg-Vorpommern in enger Abstimmung mit dem Landtag Mecklenburg-Vorpommern. Die Parlamentspräsidentin ist Schirmherrin. Für „Jugend im Landtag“ steht ein Budget von 17.000€, für „Jugend fragt nach“ von 5.000€ zur Verfügung.

Weitere Informationen bieten folgende Webseiten:

<https://www.landtag-mv.de/mitmachen/projekte/jugend-im-landtag.html>

<http://lirmv.de/lirmv/langzeit-projekte/jugend-im-landtag/>

Die meisten Jugendlichen nahmen bereits zuvor an anderen Beteiligungsprojekten teil, ungefähr 50% am letzten Jugendlandtag. Andere wurden gezielt von Schulsozialarbeiter/innen oder Lehrer/innen gefragt. Außerdem wurde durch Flyer oder bei anderen Jugendbeteiligungsformaten für „Jugend fragt nach 2015“ geworben. Zu Beginn der Veranstaltung bekundeten die Abgeordneten ein großes Interesse für die Ergebnisse des Projektes. Außerdem bestärkten sie die Jugendlichen in ihrem Engagement und warben dafür, sich weiterhin zu engagieren. Konkrete Versprechungen wurden allerdings nicht gemacht. Bei der Auftaktveranstaltung waren drei Abgeordnete der CDU, zwei der SPD und eine Person der Linken anwesend. Bei der Abschlussdiskussion waren insgesamt elf Abgeordnete, davon jeweils drei der SPD, der CDU, der Linken, und zwei von Bündnis 90/Die Grünen vor Ort. Darunter waren auch die SPD-Landtagspräsidentin Bretschneider und der stellvertretende Ministerpräsident Caffier. Die im Landtag vertretene NPD wurde explizit nicht eingeladen. Bei der Auftaktveranstaltung sind die anwesenden Mitglieder des Landtages mit einer lernenden und wertschätzenden Haltung aufgetreten. Bei der Abschlussveranstaltung ebenfalls. Bei den Diskussionen über die Forderungen der Jugendlichen traten die Abgeordneten auch politikvermittelnd auf, um den Jugendlichen die Umsetzungsmöglichkeiten ihrer Forderungen aufzuzeigen, bzw., um deren Haltung zu bestimmten Themen zu erläutern. Auch wurde dafür geworben, sich weiterhin politisch z.B. auch in den Jugendorganisationen der Parteien, zu engagieren.

Die Agenda von „Jugend fragt nach 2015“ wurde bei einem Vorbereitungstreffen von vier Jugendlichen und sieben Erwachsenen festgelegt. Primäres Ziel ist es nachzuhaken, was aus den Forderungen der jeweils vorherigen Veranstaltung „Jugend im Landtag“ geworden ist. Wurden Forderungen von der Politik umgesetzt? Gibt es Fortschritte bei bestimmten Themen? Darüber hinaus ist „Jugend fragt nach“ aber auch offen für neue Themen, die von den Jugendlichen im Rahmen der Vorbereitung eingebracht werden - vor allem Themen, die seit dem vorhergehenden „Jugend im Landtag“ für die Jugendlichen an Bedeutung gewonnen haben. Im Rahmen von Open-Space-Formaten können darüber hinaus auch direkt bei den jeweiligen Veranstaltungen neue Themen von den Teilnehmenden eingebracht und behandelt werden.

Die Workshopthemen umfassten „Jung sein in Mecklenburg-Vorpommern“, „Bildung und Medien“ und „Willkommen (Migration)“. Bei der Diskussionsrunde mit dem Abgeordneten waren außerdem zwei Tische für „Jugend fragt Politik“ und „Politik fragt Jugend“ reserviert. Zentrale Botschaften der Workshops waren:

- Jung sein in Mecklenburg-Vorpommern: Die Politik soll die Lage der Jugendlichen verbessern, um deren Wegzug zu verhindern, statt nur Politik für die alternde Bevölkerung zu machen.
- Bildung und Medien: In Mecklenburg-Vorpommern sollen einheitliche Standards in Bezug auf Lehrmittel, Handynutzung und die digitale Ausstattung gesichert und digitale Medien stärker in den Unterricht einbezogen werden.
- Willkommen (Migration): Geflüchtete und Menschen mit Migrationshintergrund sollen

durch Integrationsangebote und Projekte des Zusammenkommens besser in die Gesellschaft integriert werden.

Außerdem wurden die Forderungen noch für einen „Generationendialog“ mit Vertreterinnen und Vertretern des Landessenorenbeirats aufbereitet und am letzten Tag diskutiert. Es gab dabei durchaus Kontroversen, so z.B. bei der Frage, ob alle Schülerinnen und Schüler iPads bekommen sollten oder bei der finanziellen Unterstützung von Studierenden bzw. dem Bedarf an Studierendenwohnheimen. Ein Großteil der Jugendlichen sprach sich für das Wahlrecht ab 16 aus, nur ein Jugendlicher argumentierte vehement dagegen. Die Diskussionen verliefen sachorientiert und auf einem sehr hohen Niveau. Bei inhaltlichen Problemen oder der Konkretisierung von Forderungen halfen die Teamer/innen und Referenten weiter. Die didaktische und methodische Unterstützung durch Teamerinnen und Teamer hat erheblich zum Gelingen des Formats beigetragen.

Aus der teilnehmenden Beobachtung:

Auffällig war die teilweise elitäre Haltung einiger TeilnehmerInnen, die sich nicht in die Lage nicht-privilegierter Jugendlicher hineinversetzen konnten²². Obwohl ein produktives und konstruktives Engagement der Jugendlichen wahrzunehmen war, gaben die Teilnehmerinnen und Teilnehmer im Evaluationsbogen des Landesjugendrings selbst an, dass sich nicht alle Jugendliche gleichermaßen engagierten und sich teilweise abgrenzten. Die Jugendlichen traten fordernd gegenüber den Landtagsabgeordneten auf. Dies ist darauf zurückzuführen, dass viele der Teilnehmenden sich bereits zuvor mit den Abgeordneten beim Jugendlandtag ausgetauscht hatten, sich bereits in anderen Projekten engagieren oder engagiert haben und ein großes Wissen über die Arbeitsweise und das Standing der Abgeordneten mitbrachten. Zwar wurden die Einladung und das Gespräch auch als Anerkennung wahrgenommen und das Event genossen, doch lag der Fokus darauf, die Forderungen an die Abgeordneten zu kommunizieren ... Die Jugendlichen hatten sehr viel Spaß und haben das Beteiligungsformat als persönlichen Zugewinn betrachtet. Die Ziele und der Ablauf wurden transparent kommuniziert und der Ernsthaftigkeitscharakter der Veranstaltung sowie echte Beteiligung sichergestellt. Schade ist jedoch, dass die Veranstaltung keine Repräsentativität aufwies. Daher kann nicht von einer „Gesamtjugend fragt nach“ gesprochen werden.

Die beteiligten Jugendlichen waren sehr zufrieden mit der Veranstaltung. „Jugend fragt nach“ ist ein niederschwelliges Format, um mit den Abgeordneten ins Gespräch zu kommen und die Anliegen direkt zu kommunizieren. Vor dem Hintergrund ihrer überwiegend gymnasialen Herkunft und bereits vorhandener Partizipationserfahrungen konnten die Teilnehmerinnen und Teilnehmer ihre Forderungen in den Workshops dialogisch entwickeln und anschließend ebenso selbstbewusst wie professionell als Theaterstück, mit Plakaten oder einem eigens erstellten Film präsentieren.

Eine gezielte Rückmeldung über die Umsetzung der Jugendforderungen ist nicht vorgesehen. Dennoch lässt sich ein wachsendes Interesse von Abgeordneten an dieser Veranstaltung beobachten. Einige Abgeordnete versichern, die Forderungen in ihre politische Arbeit mitzunehmen.

Vorläufiges Fazit

1. Im Rahmen dieser Studie können lediglich Aussagen zu „Jugend fragt nach“ getroffen werden. Der Beginn der Sequenz mit „Jugend im Landtag“ lag außerhalb des Unter-

22 Ablesbar an Äußerungen wie: „Du hast dir doch selbst ausgesucht, eine Ausbildung zu machen. Wenn du zu wenig Geld hast, dann arbeite doch neben der Ausbildung“.

suchungszeitraums²³. Immerhin weist diese Reihenfolge erkennbar Vorzüge auf. Dies gilt vor allem für das konzentrierte Agenda-Setting der Teilnehmerinnen und Teilnehmer bei „Jugend fragt nach“, das sich so in einem bereits strukturierten Feld bewegt. Die beachtliche Kontinuität der Teilnehmerinnen und Teilnehmer sorgt für Qualität in den Debatten, bei den entwickelten Forderungen und deren Präsentation gegenüber Mitgliedern des Landtags.

2. „Jugend fragt nach“ ist Teil eines regelmäßigen, dialogorientierten Beteiligungsformats mit Planspielelementen, die vor allem bei „Jugend im Landtag“ eingesetzt werden. Jugendliche sollen nicht nur eine eigene Agenda entwickeln, sondern im Kontakt mit dem Parlamentsbetrieb und in Dialogen mit Landtagsmitgliedern die Spielregeln parlamentarischer Politik kennenlernen. Mit der „Nachfrage“ wird der Anspruch von dialogischer Beteiligung hoch gesteckt. Es geht nicht nur um unverbindliche Gespräche mit Landtagsabgeordneten, sondern um die Entwicklung jugendpolitischer Forderungen, die mit Umsetzungserwartungen verbunden werden. Dies zeigte sich auch in der Bewertung der Veranstaltung, die von den Jugendlichen überwiegend als wertschätzend und anerkennend erlebt wurde. Allerdings sinkt diese positive Bewertung, wenn wiederholt vorgetragene Forderungen im Politikbetrieb keine Resonanz finden und deren Umsetzung ausbleibt²⁴.
3. Durch die Ansprache über den Landesjugendring werden überwiegend besser gebildete, politisch interessierte bzw. engagierte, in Beteiligungsprojekten erfahrene Jugendliche erreicht. Die Ansprache über die Schulen hatte nur geringe Resonanz²⁵. Entsprechend selektiv war deren politische Agenda²⁶. Gleichzeitig bot die Veranstaltung die Chance zur Vernetzung von engagierten Jugendlichen in einem vergleichsweise dünn besiedelten Flächenland²⁷. Diese Gelegenheit war besonders für die Jugendlichen von Bedeutung, die an Orten ohne jugendpolitische Organisationen leben.
4. Die engagierten Jugendlichen betrachten „Jugend im Landtag“ bzw. „Jugend fragt nach“ mehrheitlich nicht als angemessene und hinreichende Form der politischen Jugendbeteiligung in Mecklenburg-Vorpommern. Dies verdeutlicht das im Juni 2016 von „Jugend im Landtag“ verabschiedete „Jugendregierungsprogramm“. Die Forderung nach mehr politischer Jugendbeteiligung steht dort an erster Stelle. Gefordert werden ein Beteiligungsrecht für Kinder- und Jugendliche in der Kommunalverfassung des Landes und die Absenkung des Wahlalters für den Landtag auf 16 Jahre. Eine Enquete-Kommission des Landtags soll unter Beteiligung von Jugendlichen nach Formen suchen, in denen die Interessen von jungen Menschen auf Landesebene besser zum

23 Der Landesjugendring lädt 2016 auf seiner Webseite zur Mitwirkung an einem Vorbereitungsteam ein, das die Schwerpunktthemen festlegt: „Jugendliche aus MV können nicht nur bei ‚Jugend im Landtag‘ teilnehmen – sie können das Projekt mitplanen und mitorganisieren. In diesem Jahr sind 13 Jugendliche aus MV im Vorbereitungsteam und bringen ihre Ideen, Fragen und Themen ein“.

24 „Je länger solche Forderungen gestellt und nicht umgesetzt werden, desto eher schwindet das Gefühl, von der Politik durch solche Formate ernstgenommen zu werden. Dieses Gefühl ist besonders stark bei Jugendlichen, die kontinuierlich an solchen Veranstaltungen teilnehmen“ (aus der teilnehmenden Beobachtung).

25 Nach Auskunft des Landesjugendrings ist es beim „Jugend im Landtag 2016“ gelungen, eine größere Zahl von TeilnehmerInnen aus Realschule, Förder- und Berufsschulen anzusprechen. Zudem haben einige junge Geflüchtete teilgenommen, die zu dieser Zeit Sprachkurse absolvierten.

26 „Da die Jugendlichen fast alle aus Gymnasien kamen und bereits sehr engagiert waren, betrafen die meisten Forderungen nur die Jugendlichen aus dieser Lebenswelt. Entsprechend verliefen auch die inhaltlichen Diskussionen“ (aus der teilnehmenden Beobachtung).

27 „Die Jugendlichen gaben an, am meisten über die Lage der Jugendlichen aus anderen Regionen des Bundeslandes zu lernen und betrachteten dies als persönlichen Zugewinn. Dadurch bildete ‚Jugend fragt nach‘ einen Ort zur nachhaltigen Vernetzung engagierter Jugendlicher des Bundeslandes“ (aus der teilnehmenden Beobachtung).

Zuge kommen können. Dabei wird die proaktive Rolle von Schulen und politischer Bildung als wesentliche Gelingensbedingung angesehen²⁸.

Das „Jugendregierungsprogramm“ macht dreierlei deutlich: Zum einen bieten „Jugend im Landtag“ und „Jugend fragt nach“ ein Forum für engagierte Jugendliche, auf dem sie gemeinsam erfolgreich durchaus weitgehende jugendpolitische Forderungen entwickeln können. Zum zweiten bleibt die Umsetzung der jugendpolitischen Forderungen aus der Sicht der Jugendlichen weitgehend unverbindlich. Drittens genügt das Format offensichtlich nicht den politischen Beteiligungsansprüchen der involvierten Jugendlichen. Gefragt ist nicht nur ein verbindlicheres Format auf Landesebene, sondern ein partizipativer „Unterbau“ in Kommunen und Schulen.

3.4. Nordrhein-Westfalen: „Jugend-Landtag“

Der „Jugend-Landtag“ findet in Nordrhein-Westfalen seit 2008 jedes Jahr statt. Die Zahl der Teilnehmenden orientiert sich an der Zahl der Abgeordneten. 2015 beteiligten sich 237 Jugendliche zwischen 16 und 20 Jahren an der 3-tägigen Veranstaltung.

Die Teilnehmerinnen und Teilnehmer des „Jugend-Landtags“ von Nordrhein-Westfalen werden in der Regel durch die Landtagsabgeordneten eingeladen. Jede bzw. jeder der 237 Abgeordneten kann jeweils einen Jugendlichen aus ihrem/seinem Wahlkreis für die Teilnahme vorschlagen und motivieren. Auf der Webseite des Landtags wird auf weitere Bewerbungsmöglichkeiten hingewiesen.

Der „Jugend-Landtag“ wird von der Landtagspräsidentin eröffnet. Die jugend-politischen Sprecherinnen und Sprecher oder weitere Landtagsabgeordnete sind beim „Jugend-Landtag“ nicht aktiv eingebunden. Allerdings findet im Rahmen des „Jugend-Landtags“ ein parlamentarischer Abend mit etwa 500 Personen statt, zu dem alle „echten“ Landtagsabgeordneten eingeladen sind. Der „Jugend-Landtag“ wird u.a. durch ehemalige Teilnehmerinnen und Teilnehmer des „Jugend-Landtags“ thematisch vorbereitet. In der Regel werden den Teilnehmerinnen und Teilnehmern zehn Themenvorschläge vorgelegt, die in einer ersten Diskussionsrunde priorisiert werden. Themen, die einen klaren bundespolitischen Bezug haben, werden nicht weiter behandelt. Zudem haben die Jugendlichen die Möglichkeit, in einer Aktuellen Stunde für sie wichtige Themen auch kurzfristig auf die Agenda der abschließenden Plenarsitzung zu setzen. Die Beschlüsse des „Jugend-Landtags“ werden in schriftlicher Form festgehalten, danach allen Landtagsabgeordneten zur Verfügung gestellt und gegebenenfalls in den Ausschüssen beraten.

Der „Jugend-Landtag“ ist als dreitägiges Planspiel angelegt, das sich eng an die Geschäftsordnung des Landtags anlehnt. Dessen Gestaltung sieht so aus, dass die jungen Teilnehmerinnen und Teilnehmer „in die Rolle der Abgeordneten schlüpfen und den Arbeitsalltag eines Politikers bzw. einer Politikerin selbst erleben... Dabei werden die parlamentarischen Abläufe von Fraktionssitzungen über Ausschuss-Sitzungen bis hin zur Plenarsitzung nachgestellt“. Höhepunkt ist die abschließende Plenarsitzung, auf der die jungen „Abgeordneten auf Zeit“ über die Anträge abstimmen. Gleichzeitig haben sie in diesem Rahmen die Möglichkeit, ihre Anliegen und Themen in dem Planspiel zu diskutieren und Lösungen zu entwickeln. Der „Jugend-Landtag“ in Nordrhein-Westfalen endet mit einem Abschlussgottesdienst, an dem sich 2015 etwa 150 der Jugendlichen beteiligten.

Veranstalter ist der Landtag von Nordrhein-Westfalen, der dafür ein Budget von 50.000 € jährlich vorsieht.

28 In der Begründung heißt es: „Die politische Beteiligung bei Jugendlichen ist leider gering, selbst bei dieser Veranstaltung „Jugend im Landtag“ wurden nicht alle verfügbaren Plätze belegt. Von den Schulen der mehr als 80 Teilnehmenden von „Jugend im Landtag“ haben nur 15 über das Projekt informiert. Durch eine bessere Informationskultur an den Schulen könnte das Engagement stark vergrößert werden“:

Weitere Informationen bietet:

https://www.landtag.nrw.de/portal/WWW/Webmaster/GB_II/II.1/Jugend/Jugend-Landtag/index.jsp

Am Jugend-Landtag 2015 nahmen 237 Jugendliche im Alter zwischen 16 und 20 Jahren teil. Die meisten Jugendlichen haben über Abgeordnete des Landtags von der Veranstaltung erfahren. Einige kannten diese bereits (teilweise persönlich) aus Aktivitäten in Partei bzw. deren Jugendorganisationen oder aus der Lokalpolitik. Diese Jugendlichen wurden zumeist direkt gefragt, ob sie teilnehmen möchten. Die anderen Jugendlichen haben sich um den Platz beworben. Einige wenige von ihnen hatten bereits ein Praktikum in einem Abgeordnetenbüro gemacht und wurden deshalb gefragt. Gut funktioniert haben ebenfalls die Anwerbung über die Zeitung und die Schule, wobei hier engagierte Schülerinnen und Schüler wohl gezielt und direkt angesprochen wurden, ob sie nicht teilnehmen möchten.

Im Jahr 2015 konnten die Jugendlichen erstmals im Vorfeld über die Top-Themen des Jugend-Landtags abstimmen. Dies hatte großen Einfluss auf die Qualität der Debatten, weil die meisten sehr gut vorbereitet waren, wie Interviews mit Teilnehmerinnen und Teilnehmern bestätigten. In der Abstimmung waren von insgesamt zehn die Themen „Die Vergabe von Studienplätzen gerechter gestalten“ und „Mehr fürs Leben und den Alltag in der Schule lernen“ die Gewinner. Im Rahmen der Aktuellen Stunde wurde das Thema „Öffnung der Ehe für gleichgeschlechtliche Paare“ aufgegriffen und hoch emotional über die aktuelle Flüchtlingspolitik debattiert.

Jenseits der parlamentarischen Themen gab es interessanterweise auch ein Meta-Thema, das mehrere Jugendliche beschäftigte. Da einige Jugendliche im Anzug, andere dagegen barfuß erschienen waren, wurden Stereotype bzw. Vorurteile und ihr Einfluss auf den Umgang miteinander außerhalb der Sitzungen thematisiert.

Aus der teilnehmenden Beobachtung:

Was die Besprechung der Themen in Sitzungen und auf den Fluren betrifft, habe ich souveräne, fundierte und vor allem auch vielfältige Argumentationen gehört. Ich hatte nicht das Gefühl, dass einige wenige die Meinungsführerschaft übernehmen und der Rest sich nicht traut, Gegenpositionen zu beziehen. Dadurch, dass die Jugendlichen, insbesondere die in der Rolle der Fraktionsvorsitzenden etc., ihre Rollen und das Setting (den Landtag mit seinen Verfahren) so ernst genommen haben, kamen sehr strukturierte, faire und respektvolle Debatten zustande. Dies galt auch für Debatten, in denen es sehr emotional wurde, bspw. beim Thema Ehe für alle. In den größeren Fraktionen gab es Rednerlisten, die in manchen Sitzungen aus Zeitdruck per zur Geschäftsordnung notwendigerweise geschlossen werden mussten, weil sich so viele (und nicht nur einzelne) zu Wort melden wollten. Auch außerhalb der Fraktions- und Ausschusssitzungen gingen die Gespräche und Debatten weiter, nur sehr wenige haben sich eine kurze Auszeit gegönnt. Lediglich in der abschließenden Sitzung im Plenarsaal dominierte das Moment der Selbstdarstellung. Viele genossen den Moment, auf dem Podium zu stehen und ihre ausgefeilte Rede halten zu dürfen. Hier gab es sehr viel Show.

Diese ambivalente Wahrnehmung der Debattenkultur wird durch Aussagen der Teilnehmerinnen und Teilnehmer bestätigt:

„Sehr offen, hat echt gut funktioniert – Politik sollte eigentlich so laufen, ohne dass alle sich immer die Köpfe einschlagen, sondern auch ihr Verständnis zu anderen Positionen kommunizieren“.

„Sehr rege, vor allem jetzt hier im Landtag teilweise sehr unsachlich, aber das gehört dazu. Wir haben welche, die herausstechen wollen, die sich aufspielen müssen. Ich nehm’s so wahr, dass wirklich ganz viele wirklich sehr interessierte und kompetente Jugendliche sind.“

Die Beteiligung und das Engagement der Jugendlichen waren bis auf wenige Ausnahmen durchweg auf einem sehr hohen Niveau. Viele haben sich für das Gelingen einzelner Sitzungen und des Jugend-Landtags insgesamt verantwortlich gefühlt, z.B. die Sitzungsleitung oder andere Posten übernommen und sich dabei abgewechselt. Weil sie ihre Rollen sehr bewusst und ernsthaft eingenommen haben, waren die Jugendlichen bei der Durchführung von Abstimmungen und der Einhaltung der eng getakteten Zeitpläne sehr selbstständig und diszipliniert. Einige haben bis spät in die Nacht gemeinsam an ihren Reden für die Plenarsitzung am Samstag geschrieben.

Diese Ernsthaftigkeit und Professionalität fand auch besonders Ausdruck in den WhatsApp-Gruppenchats der großen Fraktionen. Es gab eine große Bereitschaft, sich diszipliniert den strengen Kommunikations-Regeln des Parlamentsablaufs zu unterwerfen. Dazu gehörten auch zwei Schweigeminuten zu Beginn der Plenarsitzung, eine anlässlich des Germanwings-Unglücks, da ein Schüler der betroffenen Schule anwesend war, eine andere anlässlich der aktuellen Flüchtlingskatastrophe.

Einige wenige hatten sich aber auch bewusst in eher beobachtende Positionen begeben und sich bei Debatten zurückgehalten (allerdings nicht komplett). Für sie stand eher die individuelle Erfahrung, Horizonterweiterung und Aneignung von Wissen im Vordergrund, wie die Einzelinterviews ergaben.

Als zentrale inhaltliche Botschaften des Jugend-Landtags benannten die Jugendlichen:

„Ganz klar die Ehe für alle. Ich hoffe zumindest, dass das ne Message nach außen sendet, dass die Jugend da ewig viel weiter ist als viele Politiker sich das vorstellen können. Oder sie nehmen das einfach nicht wahr.“

„Wir zeigen ihnen, dass die Jugend diese konservative Politik nicht weiter mitträgt!!“

„Asyl ist ein Menschenrecht“

„Wir müssen offen, verständnisvoll und hilfsbereit auf Menschen zugehen, die zu uns kommen, denn da sind sich alle einig: diesen Menschen muss geholfen werden“

„Alle Menschen sind gleich. Und alle Menschen haben die gleichen Rechte.“

„Lasst uns Mensch sein und Ausgrenzung und Ignoranz hinter uns lassen!“

Bei den Themen gleichgeschlechtliche Ehe und Flüchtlingspolitik waren die Debatten emotional, aber weniger kontrovers. Das waren eher die Themen zur Studienplatzvergabe und „In der Schule fürs Leben lernen“, die beide eine heftige Kontroverse ausgelöst haben. Auch hinter den Kulissen wurde äußerst kontrovers darum gestritten, ob wir in einer Leistungsgesellschaft leben (wollen), was das mit jungen Leuten macht, was gutes Leben ist, welche gemeinsame Zukunft sie sich wünschen, welche Werte für ein gutes Miteinander in der Gesellschaft wichtig sind und in der Schule vermittelt werden sollten.

Eine dichte Kommunikation zwischen den beteiligten Jugendlichen und den Landtagsabgeordneten gab es nicht. Sie war auch konzeptionell nicht vorgesehen. Präsent war vor allem die Präsidentin des Landtags NRW. Sie stand dem Jugend-Landtags-Präsidium zur Seite und hat dieses hinsichtlich des parlamentarischen Ablaufs und im Besonderen vor der abschließenden, großen Plenardebatte beraten.

Während der Arbeitsphasen waren nur vereinzelt Abgeordnete in den Fraktionssitzungen. Sie äußerten sich nie inhaltlich, gaben teilweise aber Feedback und Tipps zum (Taktieren im) parlamentarischen Ablauf oder zum Redenschreiben und stellten in einem Fall dafür sogar ihr Büro open end zur Verfügung.

Beim Parlamentarischen Abend waren dann offiziell ca. 100 Abgeordnete anwesend (in meiner Wahrnehmung deutlich weniger), die zu Beginn mit ihren jugendlichen Vertreterinnen und Vertretern zusammengebracht wurden. Diese Gespräche beschränkten sich aber

weitgehend auf die Veranstaltung und das „Politiker/in auf Zeit sein“ selbst, soweit ich das mitbekommen habe.

Die Landtagsabgeordneten waren primär daran interessiert, ob es denn Spaß gemacht hätte und haben den Jugendlichen ein Gefühl der Wertschätzung für deren Engagement im Jugend-Landtag vermittelt. Sie gaben vereinzelt Kommentare (à la „War ja klar, typisch SPD“) oder Ratschläge zum Ablauf selbst ab und haben das Politik machen den Jugendlichen überlassen. Sie haben sich offensichtlich darüber gefreut, so viele produktive und aktive Jugendliche auf ihren Plätzen zu sehen.

Bei der Plenardebatte waren insgesamt sechs Abgeordnete anwesend, davon mindestens zwei von der Piratenfraktion. Eine Piratenpolitikerin war mit der Motivation da, dass ja in der nächsten Woche genau die Themen dieser Sitzung angesprochen werden würden und sie hier ja vielleicht was mitnehmen könne.

Aus der teilnehmenden Beobachtung:

Vereinbarungen mit „echten“ Mitgliedern des Landtages wurden offiziell nicht getroffen, da hierfür keine vorgesehene Struktur vorgesehen war. Da der Jugend-Landtag als Planspiel mit realen und aktuellen Themen realisiert wurde, gab es demzufolge Vereinbarungen im Sinne von Beschlussfassungen der einzelnen Fraktionen und des Jugend-Landtags insgesamt.

Der Jugend-Landtag NRW wird von vielen ehemaligen TeilnehmerInnen mitorganisiert und durchgeführt, wodurch sich das Format anscheinend ständig verbessert (Beispiel: dieses Jahr geschah die Themenauswahl zum ersten Mal durch Jugendliche). Allerdings fehlt der handfeste, konkrete, transparent geregelte Austausch der Themen und zentralen Forderungen/Aussagen der Jugendlichen mit den Mitgliedern des Landtags und somit auch der überprüfbare Transfer in die Realpolitik. Viele Jugendliche nehmen insbesondere ein tiefes Verständnis für die Landespolitik, die Komplexität von politischen Abläufen im Allgemeinen mit, teilweise auch die Motivation, später eventuell auch im Landtag sitzen zu wollen. Möglichkeiten, darüber hinaus aktiv zu werden, werden nicht vermittelt.

Zitate aus den Kurzinterviews:

Was nimmst du heute aus dem Jugend-Landtag mit?

„Das hat mir auch schon meine Abgeordnete gesagt, dass man sich hier einfach durchsetzen muss. Man muss es auch lernen, sich durchzusetzen und manchmal klappt es auch.“

„Man sollte möglichst lange hinter seiner Meinung stehen und nicht da aufzeigen sollte, wo alle anderen aufzeigen. Egal, wie viele diese Meinung sonst noch vertreten, du meldest dich trotzdem, weil du das wirklich denkst. Und gibst nicht nach, weil wir jetzt eine Entscheidung finden müssen.“

„Ich glaube, die inhaltlichen Punkte, das mit der Gleichstellung und der Flüchtlingspolitik, dass das weiter wirken wird, aber ich glaube die Intention hinter dem Ganzen hier ist, dass wir auf unser Stimmrecht und auf unsere Mündigkeit quasi zählen können und dass wir das weiter ausnutzen sollen und echt weitertragen sollen und dass wir die Demokratie bewahren sollen. Ich glaube, das sind auch Intentionen dahinter, die man schätzen sollte.“

„Ja, das ist ganz wichtig, weil, ich muss ganz klar sagen, ich werde mich jetzt auch nicht einer Partei anschließen, aber zumindest habe ich gelernt, wie viel Arbeit Politik ist. Also das auf jeden Fall. Es gibt ja viele, die sagen: ‚Warum machen die das denn nicht anders? Ist doch einfach, ist doch ganz klar‘, und ich kann mich davon nicht ausnehmen, aber dann lässt man da auch echt außer Acht, dass es meine Meinung ist und man muss alle unter einen Hut bekommen. Wenn die Abgeordneten auch nur zwei Wochen im Monat so viel Stress haben, wie wir teilweise jetzt diese zweieinhalb Tage, dann beneide ich sie nicht um ihren Job!“

Wie würdest du die Diskussionen beschreiben?

„Es gab schon ziemlich verschiedene Meinungen zum Teil, aber die wurden halt auch respektiert, jeder konnte sagen, was er wollte. Klar wird dann zum Teil auch gegenargumentiert, aber jetzt nicht auf persönliche, verletzende Art und Weise, sondern halt wirklich nur inhaltlich, und das fand ich ziemlich cool.“

„Besonders in den Ausschüssen waren die Diskussionen sehr kompetitiv, man will mit seinem Argument und seiner Position gewinnen, sich durchsetzen“

Wie würdest du die Atmosphäre hier beim Jugend-Landtag beschreiben?

„Alles in allem: Ich würd schon eine Eins geben. Es sind auch Leute gekommen, die haben sich richtig, richtig gut vorbereitet, die wussten, was sie erreichen wollen. Man wusste ja schon vorher die zwei Themen, die debattiert werden, konnte viel wissen und mitbringen. Ich würde die Schulnote Eins vergeben. Mit den Argumenten wurde sich sehr gut auseinander gesetzt, sehr gut diskutiert.“

Wie haben sich die Politiker/innen denn verhalten?

„Zurückhaltend, die haben gar nichts gesagt, geht bei uns aber auch relativ intensiv zu, da sind wir schon in einem starken Austausch, wir sind 98 Leute.“

„Politiker sind auch nur Menschen. Ich hab das auch noch nie erlebt, dass sie sich so freuen können, wenn wir auf deren Plätzen sitzen.“

Gab es irgendwelche Kontroversen?

„Einige sind sehr parteigebunden, und folgen diesen Stereotypen auch, in der Hinsicht, dass man sich von vorneherein ein Urteil über eine Person aus einer anderen Fraktion erlaubt. Ich glaube, dass sich einfach unheimlich viele hier ein Meinungsbild erlaubt haben aufgrund der Äußerlichkeiten. Aber wir konnten uns schon auch von vielen kompetenten Teilnehmer/innen überzeugen lassen. Ich glaube, das ist ein ganz großer Wow-Effekt.“

Vorläufiges Fazit

1. Der Jugend-Landtag NRW ist in Gestaltung und Ablauf konsequenter als in anderen Bundesländern ausschließlich als Planspiel angelegt, das kognitiven und aktivierenden Zielen der politischen Bildung – wie „sich in der politischen Welt zurechtfinden“ und „zum politischen Engagement ermuntern“ (so die Landtagsnetzseite) – dienen soll. Die Auswahl der Teilnehmerinnen und Teilnehmer richtet sich überwiegend an junge Menschen, die Parlamentsarbeit kennenlernen wollen und sich vorstellen können, selbst einmal in diesem Rahmen aktiv zu werden. Es geht um unverbindliches Probehandeln und um Rollenspiele, die auf künftige Aufgaben vorbereiten sollen²⁹. Dem entspricht ein reduzierter Austausch mit den Landtagsabgeordneten, die ihre jugendlichen Vertreterinnen und Vertreter allenfalls in praktischen Fragen des Parlamentsablaufs beraten. Allerdings werden die Beschlüsse des Jugend-Landtags den Landtagsausschüssen vorgelegt. Eine systematische Rechenschaftslegung über den Umgang mit den Beschlüssen des Jugend-Landtags erfolgt jedoch nicht.
2. Die Auswahl durch die Landtagsabgeordneten begünstigt die Präsenz von Jugendlichen aus den Jugendorganisationen der Parteien, die etwa ein Fünftel der TeilnehmerInnen stellen. Ihre Bereitschaft, sich in parlamentarische Gepflogenheiten einzupassen, ist entsprechend groß. Dies gilt auch für den Verzicht, den Jugend-Landtag als Forum für die Entwicklung von jugendpolitischen Forderungen zu nutzen. Dies

²⁹ Im Bericht der teilnehmenden Beobachtung heißt es: „Das Format soll Jugendliche primär für Politik begeistern und dient nicht dazu, ihre Themen und Forderungen in die realpolitische Agenda einzubinden. Dass der Jugend-Landtag ‚nur‘ ein Planspiel war/ist, war allen, die ich getroffen habe, voll und ganz bewusst“.

können sie besser in ihren eigenen Jugendorganisationen verwirklichen³⁰. „Planspiel“ bedeutet für diese Jugendlichen mehr als nur das Kennenlernen und Einüben in parlamentarische Formen, sondern hat für sie vorbereitenden Charakter auf entsprechende Ämter und Positionen. Zugespitzt formuliert geht es darum, dass Abgeordnete ihren potentiellen Nachfolgerinnen und Nachfolgern die Gelegenheit geben, sich mit den parlamentarischen Abläufen vertraut zu machen. Wie erfolgreich diese parlamentarische Nachwuchsförderung letztlich ist, lässt sich in unserem Untersuchungsdesign nicht beurteilen. Deutlich ist jedoch die zielgerichtete Ausgestaltung des Planspiels auf diese Funktion.

3. Dieser Zuschnitt des Jugend-Landtags hat einige Konsequenzen. Er spricht überproportional jene kleine Gruppe von Jugendlichen an, die sich in den Jugendorganisationen der Parteien engagieren oder sich dies vorstellen können. Hinzu kommen Jugendliche, die von sich aus auf die Ausschreibung reagieren und aktiv auf die Landtagsabgeordneten zugehen. Die Breite des politischen Jugendengagements in Projekten, Initiativen und Foren des Landes kann auf diesem Wege nur begrenzt sichtbar werden. Eine Verbindung zu nichtparlamentarischen Engagementformen wird weder gesucht noch hergestellt. Die Themen und Forderungen des Jugend-Landtags werden von Landtagsabgeordneten bestenfalls als Anregungen zur Kenntnis genommen werden. Es geht nicht um aktuelle politische Beteiligung, sondern um Probehandeln. Als jugendpolitisches Beteiligungsforum auf Landesebene kommt der Jugend-Landtag NRW nur sehr eingeschränkt in Betracht. Immerhin bietet er für eine Gruppe von jungen Menschen die Möglichkeit, Jugendthemen und jugendspezifische Zugänge zur Politik im parlamentarischen Raum zur Sprache zu bringen.

3.5. Schleswig-Holstein: „Jugend im Landtag“

Bei „Jugend im Landtag“ handelt es sich um ein Rollenspiel mit partizipativem Charakter, das seit 1985 im Landeshaus in Kiel stattfindet. Interessierte Jugendliche aus ganz Schleswig-Holstein treffen sich, um ihre Anliegen (selbstverfasste Anträge) nach den Regeln parlamentarischer Arbeit zu diskutieren und Forderungen an die Politik zu beschließen. Die Veranstaltung wird seit vielen Jahren evaluiert und in einer Arbeitsgruppe aus Politikern und Jugendlichen und der zuständigen Mitarbeiterin der Landtagsverwaltung jährlich optimiert.

Zu dieser Veranstaltung lädt der Landtag in Kooperation mit dem Landesjugendring ca.100 Jugendliche im Alter zwischen 16 und 21 Jahren bzw. Schüler ab der 9. Klasse ein. Die TeilnehmerInnen kommen zu gleichen Teilen aus Mitgliedsverbänden des Landesjugendrings, allgemein- und berufsbildenden Schulen sowie über freie Bewerbungen. Zusätzlich dürfen die im Landtag vertretenen Parteien je zwei Jugendliche benennen. Die Teilnahme ist auf drei Mal begrenzt. Die aus zwei Teilen bestehende Veranstaltung findet einmal pro Jahr statt.

Die Veranstaltung wird über Flyer, die an Schulen verschickt werden, sowie auf der Webseite des Landtages und des Landesjugendrings beworben. Außerdem wird eine DVD mit Informationen (Videos, Radiointerviews, Printbeiträgen) verschickt, die von den TeilnehmerInnen der jeweils vorjährigen Veranstaltung erstellt wird. Die TeilnehmerInnen erhalten weiter detaillierte Informationsmaterialien in Printform zugeschickt (Programm, Spielregeln, etc). Außerdem sind sie aufgefordert, bereits im Vorfeld der Veranstaltung Anträge zu formulieren, die dann eine Woche vor der Veranstaltung allen TeilnehmerInnen sowie den teilnehmenden Landtagsabgeordneten zugeschickt werden. Zur Formulierung

30 Dies muss nicht zu einer affirmativen Haltung gegenüber der eigenen Mutterpartei führen, wie eine Interviewpassage verdeutlicht: „Wir haben uns gestern außerdem nochmal bewusst gemacht, dass wir uns von unseren eigenen Parteien sozusagen lösen sollten, weil die Altgrünen nicht das wollen, was wir jetzt wollen, dass wir unsere eigenen Regeln machen können und das auch tun sollten, weil wir hier die Möglichkeit haben.“

(gemeinsamer) Anträge können sich die Jugendlichen nach ihrer verbindlichen Anmeldung in einer geschlossenen Facebook-Gruppe austauschen.

Der erste Veranstaltungsblock dauert zweieinhalb Tage (Freitagnachmittag bis Sonntagnachmittag). Der zweite Teil (die Diskussion über die Stellungnahmen der Politik zu den Beschlüssen der Jugendlichen) findet ca. drei Monate später, an einem Freitagnachmittag statt. Zur Hauptveranstaltung reisen die TeilnehmerInnen am Freitagnachmittag in der Kieler Jugendherberge an, fahren dann gemeinsam zum Landeshaus. Dort lernen sie sich erst einmal kennen und „wärmen sich rhetorisch“ (bei jährlich wechselnden Aktionen) auf. Außerdem wird am Freitagabend über die Zuordnung der eingereichten Anträge zu den vier Arbeitsgruppen abgestimmt.

Am Sonnabendmorgen eröffnet der Landtagspräsident die Veranstaltung offiziell. Anschließend werden die eingereichten Anträge in den Arbeitsgruppen beraten und Vorschläge für Veränderungen erarbeitet. „Echte“ Abgeordnete, zwei bis drei pro Arbeitsgruppe, stehen als Fachleute zur Verfügung, die soweit von den Jugendlichen gewünscht, Tipps geben und inhaltlich beraten. Zum Abschluss der Arbeitsgruppenarbeit am Nachmittag werden Beschlussempfehlungen an die Vollversammlung verfasst, die in die Abschlussberatung der Anträge am Sonntag mit einfließen.

Gegen Abend findet ein zweistündiges „Speed Talking“ mit den jugendpolitischen SprecherInnen der Landtagfraktionen ohne besondere Tagesordnung statt. Außerdem wird ein neues Präsidium gewählt, das die ganztägige Plenardebatte am Sonntag leitet und für ein Jahr im „Amt“ bleibt. Das Präsidium wird im Laufe des Jahres zu verschiedenen Veranstaltungen mit Jugendbezug und auch in einige Fachausschüsse des Landtages zur Vorstellung der Beschlüsse von „Jugend im Landtag“ eingeladen (meist in den Innen- und Rechtsausschuss und den Bildungsausschuss).

Am Sonntag findet ganztägig die Plenardebatte, der in den Arbeitsgruppen vorbesprochenen Anträge mit allen TeilnehmerInnen statt. Bei der Debatte werden die Beschlussvorschläge der Arbeitsgruppen zu den Ursprungsanträgen dann kontrovers diskutiert. Beim Präsidium können schriftlich Änderungsanträge eingereicht werden, die ebenfalls in die Beratung einfließen. Die Ursprungsanträge werden in der Debatte weiter verändert, abschließend angenommen oder auch abgelehnt. Die zur Verfügung stehende Zeit wird in der Debatte angemessen auf die Themenkomplexe der vier Arbeitsgruppen verteilt. Anträge, die in dem zur Verfügung stehenden Zeitraum nicht beraten werden können, werden ohne Diskussion abgestimmt. Hierzu werden zuvor in den Arbeitsgruppen Prioritätenlisten erstellt.

Neben der politischen Arbeit gibt es die Gelegenheit, sich journalistisch auszuprobieren. Hierzu bilden journalistisch interessierte TeilnehmerInnen ein Pressteam. Unter fachkundiger Anleitung werden dann Interviews vorbereitet und geführt, Beiträge erarbeitet und produziert. Das Produkt wird auf YouTube veröffentlicht und zu Werbezwecken auf DVD gebrannt.

Die Beschlüsse, die „Jugend im Landtag“ am Sonntag fasst, werden den Landtagsfraktionen, der Landesregierung, den schleswig-holsteinischen Bundestagsabgeordneten und den Europaabgeordneten zur schriftlichen Stellungnahme vorgelegt. Die Fachausschüsse des Landtages erhalten die Beschlüsse zur Information und Beratung. Die schriftlichen Stellungnahmen der Bundes-, Landes- und Europapolitik gehen anschließend allen TeilnehmerInnen von „Jugend im Landtag“ zu. Die Veranstaltung schließt mit einer nachbereitenden Diskussionsrunde zwischen den TeilnehmerInnen von „Jugend im Landtag“ und den jugendpolitischen SprecherInnen der Fraktionen über die Stellungnahmen der Politiker zu den Beschlüssen von „Jugend im Landtag“. Die Veranstaltung kann keine bindenden Beschlüsse fassen. Aber die gewählten ParlamentarierInnen beschäftigen sich mit dem, was die Jugendlichen beschließen und beziehen daraus Anregungen für ihre politischen Initiativen. Einen Eindruck der Veranstaltung vermitteln die Dokumentationen

von „Jugend im Landtag“ in der die Anträge, die Beschlüsse und die Stellungnahmen der Politiker nachzulesen sind.

Das Veranstaltungsformat von „Jugend im Landtag“ ist eine Kombination von politischer Bildung (zweieinhalbtägiges Planspiel) und politischer Beteiligung. Das Planspiel dient einerseits dazu, den Teilnehmerinnen und Teilnehmern die parlamentarischen Abläufe näher zu bringen. Andererseits haben die jungen Menschen die Möglichkeit, ihre Anliegen und Themen im Planspiel zu diskutieren und Vorschläge zu entwickeln, die sie als Beschlüsse den politisch Verantwortlichen übermitteln und zur Stellungnahme auffordern. Es geht – in den Worten des Landtagspräsidenten Klaus Schlie – nicht nur darum, parlamentarische Demokratie zu erleben: „Jugend im Landtag“ ist keine Simulation, es ist kein Spiel. Hier werden Themen, die junge Menschen angehen, sie betreffen und berühren, angesprochen und diskutiert. Es werden Entscheidungen getroffen und es wird um Mehrheiten gerungen – ganz so wie im Schleswig-Holsteinischen Landtag (Dokumentation „Jugend im Landtag“, S.15).

Veranstalter ist der Landtag Schleswig Holstein, das eingesetzte Budget beträgt 17.000 €. Weitere Informationen und die umfangreichen Dokumentationen der Jugendlandtage sind abzurufen auf: <http://www.landtag.ltsh.de/service/jugend/>.

Insgesamt nahmen 98 Jugendliche beim „Jugendlandtag Schleswig-Holstein 2015“ teil. Davon waren 53 Männer und 45 Frauen. Die Jugendlichen waren zwischen 15 und 20 Jahre alt. Die meisten Jugendlichen haben über den Landesjugendring, ihre Schülervertretungen, Lehrerinnen und Lehrer, über Flyer oder über Freundinnen und Freunde von der Veranstaltung erfahren. Außerdem entsandten die unterschiedlichen (politischen) Jugendorganisationen Delegierte. Viele Teilnehmerinnen und Teilnehmer hatten bereits zuvor an Jugendlandtagen oder bei anderen Beteiligungsformaten teilgenommen und dadurch vom Jugendlandtag erfahren.

Mit der Anmeldung zum Jugendlandtag wurden die Jugendlichen aufgefordert, eigene Anträge zu formulieren und in die Arbeitskreise einzubringen. Die Anträge wurden thematisch den Arbeitsgruppen „Inneres, Recht, Mitbestimmung“, „Bildungssystem, Unterricht“, „Steuern, Soziales, Gesundheit, Umwelt“ und „Wirtschaft, Verkehr“ zugeordnet. In den Arbeitsgruppen wurden unterschiedliche Forderungen erarbeitet:

- Arbeitskreis „Inneres, Recht, Mitbestimmung“: Versorgung und Unterbringung von Geflüchteten, die Stärkung von Jugendbeteiligung, Lockerung des Tanzverbotes, die Nutzung von Open Source in der Verwaltung und eine Neuregelung der Rechte für Minderheitenparteien
- Arbeitskreis „Bildungssystem, Unterricht“: Bessere Qualität und technische Ausstattung an den Schulen, Einführung von bestimmten Schulfächern wie nachhaltige Entwicklung, bestimmte Sprachen, Demokratiepädagogik oder Informatik, die Wiedereinführung von Noten in den Grundschulen, eine Lockerung des Kooperationsverbotes, die Einführung der Schuluniform, die Integration von Geflüchteten, der Beginn des schriftlichen Abiturs, die Dokumentation von Fehlstunden, die Länge der Unterrichtseinheiten und andere Prüfungsbedingungen für Jugendliche mit Lese/Rechtschreibschwäche
- Arbeitskreis „Steuern, Soziales, Gesundheit und Umwelt“: Wiedereinführung der Vermögenssteuer, Verhinderung von Steuerflucht und Steuergeldverschwendung, Abschaffung der Pferdesteuer, Stärkung der Pflege und der medizinischen Versorgung, die Legalisierung der Einfuhr von embryonalen Stammzellen und der Eizellspende, Informationen über die Patientenverfügung und Blut-, Organ- und Knochenmarkspende auf der Krankenkassenkarte, Sexting-Prävention, flächendeckende Wasserautomaten für Schüler/innen, glutenfreies Essen in Mensen, Kosten für Plastiktüten und die Abschaffung der Knickverordnung

- Arbeitskreis „Wirtschaft, Verkehr“: Ausbau der Straßen, des ÖPNV und der Fahrradwege, Alterssenkung für den Erwerb des Führerscheins, Kontrollen im Straßenverkehr, ÖPNV-Freikarte bei Abgabe des Führerscheins, autofreier Sonntag, Mindestlohn für Schüler/innen, elternunabhängiges BAföG und Olympia 2024 oder 2028

Die Diskussionen in den vier Arbeitsgruppen wurden jeweils von den Jugendlichen moderiert und deren Verlauf von ihnen maßgeblich bestimmt. Die Abgeordneten ergänzten lediglich inhaltliche Punkte oder positionierten sich zu den Forderungen, wobei sie den Verlauf der Diskussionen kaum beeinflussten.

Aus der teilnehmenden Beobachtung:

Die Diskussionen verliefen sachlich und auf einem sehr hohen Niveau. Die Jugendlichen hatten ein breites und fundiertes Wissen über bestehende Gesetzeslagen, die Gesetzgebungskompetenzen der unterschiedlichen politischen Ebenen und über die politische und finanzielle Umsetzbarkeit bestimmter Vorhaben. Dadurch konnten sie pragmatisch abwägen, welche ihrer Forderungen sinnvoll erscheinen und welche nicht. Meinungsverschiedenheiten wurden ausdiskutiert und häufig wurden alternative Formulierungen als Kompromisslösung gefunden.

Auffällig war, dass einige Diskussionen entlang der jugendpolitischen Linien zwischen einer Gruppe von Jusos und der Jungen Union verliefen. Außerdem wurde darauf gepocht, dass die inhaltliche Auseinandersetzung innerhalb der Arbeitskreise stattzufinden habe und nicht erneut im Gesamtplenarium aufgerollt werden sollte, falls Anträge in den Arbeitskreisen keine Mehrheit gefunden hatten. In den Arbeitskreisen kam es insgesamt zu keinen größeren Kontroversen. Dennoch wurden Themen wie die psychologische Betreuung von Geflüchteten, die Lockerung des Tanzverbotes an christlichen Feiertagen, die Sanktionierung der Kommunen bei fehlenden Jugendgemeinderäten (die in Schleswig-Holstein für Kommunen verpflichtend sind), die Forderung nach einem autofreien Sonntag sehr lange und ausgiebig diskutiert.

Ich persönlich habe die Jugendlichen als sehr engagiert, motiviert und konzentriert wahrgenommen. So nahmen nahezu alle Jugendlichen bei den Debatten teil und brachten ihre Ansichten mit ein. Dadurch fand ein reger Austausch zwischen allen Jugendlichen statt. Die Jugendlichen traten fordernd und lernend auf. Gerade bei den Speed-Dating-Runden wurden Forderungen wie ein schnellerer Ausbau bestimmter Straßen oder von Stromtrassen an einen Abgeordneten von Bündnis 90/Die Grünen gerichtet, da er als Fraktionsmitglied Teil der aktuellen Regierungskoalition war. Insgesamt hakten die Jugendlichen bei allen Abgeordneten eher nach, wie die Arbeit als Abgeordneter für sie persönlich sei und wie sie und ihre Parteien zu aktuellen Themen wie der Flüchtlingspolitik, der Legalisierung von Cannabis oder zum Freihandelsabkommen TTIP stehen.

Die Jugendlichen waren sehr konzentriert bei der Arbeit und hatten untereinander Spaß. Dennoch wirkte das dauerhafte Sitzen in den Arbeitskreisen als sehr starr und für die Jugendlichen teilweise ermüdend. Darüber hinaus gaben einige Jugendliche an, wenig Chancen auf die Umsetzung ihrer Anliegen zu sehen.

Die inhaltlichen Debatten waren sehr fundiert. So formulierten die Jugendlichen nicht nur Forderungen, sondern untermauerten diese argumentativ und schriftlich durch entsprechende Gesetzestexte und den Verweis auf aktuelle politische Kontroversen. Bei bestimmten Themen, wie bei der Pflege, konnten auch die teilnehmenden Vertreterinnen und Vertreter des Altenparlaments inhaltlich weiterhelfen. Dadurch kamen insgesamt sehr fruchtbare Diskussionen zustande. Die inhaltlichen Diskussionen waren sehr sach- und zielorientiert und die Stimmung der Jugendlichen gut.

Leider nahmen beim direkten Austausch mit den Jugendlichen nur sehr wenige Abgeordnete und keine Vertreter/innen der größten Fraktionen SPD und CDU teil. Außerdem gaben einige Jugendliche an, dass sie nicht erwarten, dass ihre Anliegen jenseits des Jugend-

parlaments aufgegriffen werden. Die Simulation der Parlamentsabläufe führte zwar zu inhaltlich sehr fundierten Diskussionen, doch wirkte das Arbeitsformat am Ende des Tages ermüdend. Dennoch schien den Jugendlichen das Beteiligungsformat insgesamt Spaß zu machen und für sie einen persönlichen Zugewinn darzustellen.

Bei der Auftaktveranstaltung wurden die Jugendlichen vom Landtagspräsident Klaus Schlie begrüßt. In den unterschiedlichen Arbeitsgruppen waren ein bis zwei Abgeordnete aus allen Fraktionen erkennbar anwesend. Beim Speed-Dating am Samstagabend waren jeweils ein Abgeordneter von Bündnis 90/Die Grünen, der FDP, der Piraten und des SSW anwesend. Die angekündigten Abgeordneten der SPD und der CDU hatten kurzfristig abgesagt. Am Tag der teilnehmenden Beobachtung waren keine besonderen Statements oder Versprechungen von Politikerinnen und Politikern zu vernehmen. Lediglich auf direkte Nachfragen wurde erläutert, dass bestimmte Anliegen von den Regierungsparteien bereits umgesetzt werden oder von den Oppositionsparteien nicht umgesetzt werden können. In den Arbeitsgruppen und beim Speed-Dating gaben die Abgeordneten inhaltliche Statements ab, aber gaben auch zu Fragen der parlamentarischen Arbeit Auskunft. Insgesamt schätzten die Abgeordneten das Engagement, die Diskussionen und die erarbeiteten Anträge der Jugendlichen. Allgemein haben die Mitglieder des Landtags zunehmend mehr Interesse am Dialog mit Jugendlichen. Dies bestätigten auch die Jugendlichen. Während des Jugendlandtages versuchten die Parlamentarier/innen häufig, die aktuelle politische Lage und ihr eigenes politisches Handeln zu erklären und zu vermitteln. Dennoch waren beim Jugendlandtag in Schleswig-Holstein leider keine Vertreter/innen der zwei größten Parlamentsfraktionen der SPD und der CDU beim direkten Dialog mit den Jugendlichen anwesend.

Auch wenn die Arbeit in den Arbeitskreisen zunächst starr wirkte, erschien das Format für die teilnehmenden Jugendlichen eine zielführende Arbeitsform zu sein. Dies lag daran, dass viele von ihnen die Professionalität und die Erfahrung der argumentativen Auseinandersetzung in ähnlichen Verhandlungsräumen wie in Jugendparlamenten bereits mitbrachten. Jugendliche, die sich nicht in solchen Milieus aufhalten und weniger fundierte Kenntnisse über Politik und deren parlamentarische Abläufe mitbringen, hätten sich bei dieser Beteiligungsform kaum einbringen können. Die Arbeitsform des Jugendparlaments und die Art der Verhandlungen weisen hohe Barrieren für Jugendliche auf, die sich nicht in klassischen politischen Beteiligungsformaten engagieren. Dementsprechend wirkte das Jugendparlament insgesamt wie ein Rekrutierungsformat für Nachwuchspolitikerinnen bzw. -politiker und nicht wie eine repräsentative Veranstaltung, in der sich alle Jugendlichen des Bundeslandes wiederfinden können.

Die teilnehmende Beobachtung kommt zu folgender Gesamteinschätzung: Beim Jugendlandtag Schleswig-Holsteins schlüpfen die Jugendlichen in die Rolle der Landtagsabgeordneten. Darüber hinaus fand ein Planspiel statt. Dies bot eine Möglichkeit, Jugendlichen zu vermitteln, wie Landespolitik funktioniert. Allerdings wird dies auf den parlamentarischen Prozess reduziert.

Die Ergebnisse dieser Dialog- und Bildungsveranstaltung sind für das politische Handeln der Fraktionen und Parteien nur von begrenzter Bedeutung. Dies war auch die Einschätzung vieler teilnehmender Jugendlicher. So gaben einige Jugendliche an, dass die Parteien lediglich die Forderungen des Jugendlandtags umsetzen würden, die ohnehin in ihr Programm passen.

Beim Jugendlandtag 2015 in Schleswig-Holstein waren viele Jugendliche bereits zuvor sehr engagiert, kannten dadurch einige Abgeordnete des Landtages und fühlten sich bereits als „etablierte Kooperationspartnerinnen und -partner“. Für Jugendliche, die zum ersten Mal an diesem Format teilnahmen, wurde die Einladung eher als ein „Wir werden ernst genommen“ verstanden. Viele der teilnehmenden Jugendlichen waren auch in jugendpolitischen Organisationen engagiert oder nahmen bereits bei anderen Jugendbeteiligungsformaten teil. Dadurch hatten sie bereits eine positive Grundhaltung zum demokratischen System und zu institutioneller Politik.

In den Arbeitskreisen und in den Diskussionsrunden mit den Landtagsabgeordneten kam nicht der Anschein auf, als würden Parteien die Jugendlichen von ihren inhaltlichen Positionen überzeugen wollen. Dennoch traten viele Jugendliche als Exponenten von Jugendorganisationen der Parteien (vor allem Jusos und Junge Union) auf und versuchten, Jugendliche für ihre politische Agenda zu gewinnen.

Vorläufiges Fazit

1. „Jugend im Landtag“ stellt eine Kombination aus politischem Planspiel und politischer Beteiligung dar. Das Planspiel-Element ist klar strukturiert, wie eine eigene Geschäftsordnung des Jugendlandtags deutlich macht. Die beteiligten Jugendlichen entwickeln aus selbstgewählten Themen politische Anträge mit Begründung und Umsetzungsmöglichkeiten, die zunächst in den Arbeitsgruppen und dann im Plenum abgestimmt werden. Ein von den Jugendlichen des letzten Jugendlandtags gewähltes Präsidium sorgt für den geregelten Ablauf. Inhaltlich geht es jedoch nicht um ein Spiel oder um eine Simulation, denn – jenseits der eher begrenzten Teilnahme von Abgeordneten – die Beschlüsse von „Jugend im Parlament“ werden in die Parlamentsarbeit eingespeist, die Parteien und weitere politische Akteure des Landes formulieren Stellungnahmen zu den Beschlüssen der Jugendlichen. Diese Erträge von „Jugend im Landtag“ werden Jahr für Jahr ausführlich auf der Webseite des Landtags dokumentiert³¹. Damit wird der Ernstcharakter des Jugendlandtags unterstrichen, auch wenn über das Ausmaß der Umsetzung der jugendpolitischen Beschlüsse keine Informationen vorliegen.
2. Ablauf und Erträge sprechen dafür, dass es in Schleswig-Holstein gelungen ist, ein kompaktes Wochenend-Beteiligungsformat zu entwickeln, das von den jungen Menschen geschätzt und von den politischen Repräsentant/innen des Landes wahrgenommen wird. Die strikte Umsetzung des Planspiel-Modus ermöglicht in vergleichsweise kurzer Zeit vorzeigbare Ergebnisse, d.h. die Beschlüsse des Jugendlandtags haben „Hand und Fuß“.
3. Das Format hat jedoch auch exklusive Züge. Produktiv kann es vermutlich nur von Jugendlichen genutzt werden, die partizipationserfahren und gleichzeitig in der Lage sind, ihre Themen und Anliegen im Rahmen parlamentarischer Prozesse vorzubringen und durchzusetzen. In diesem Sinne handelt es sich um Nachwuchsförderung für künftige Parlamentsmitglieder. Die Rekrutierung der Mitglieder macht deutlich, dass es nicht um eine breite Repräsentation unterschiedlicher Jugendmilieus und ihrer Anliegen geht, sondern um die (kleine) Gruppe von Jugendlichen, die bereits mit solchen und ähnlichen Beteiligungsformaten vertraut ist.
4. In der Logik des Formats läge es, eine stärkere Beteiligung von Abgeordneten zu gewährleisten und systematisch Rechenschaft über Umsetzung bzw. Nicht-Umsetzung der Forderungen von „Jugend im Landtag“ anzustreben, um auch jene Jugendlichen von einer Teilnahme zu überzeugen, die weniger partizipations- und parlamentserfahren sind.

31 Für das Jahr 2015 auf mehr als 300 Seiten.

4. Ergebnisse der Online-Befragung von Teilnehmerinnen und Teilnehmern

Um die Perspektiven der engagierten jungen Menschen über die kurzen Interviews bei der teilnehmenden Beobachtung hinaus angemessen berücksichtigen zu können, haben wir im Rahmen des Projekts eine Online-Befragung eingerichtet. Eingeladen waren alle Jugendlichen, die 2015 an den untersuchten Jugendparlamenten teilgenommen haben. An der Umfrage beteiligten sich insgesamt 116 Jugendliche aus den Bundesländern Baden-Württemberg, Hamburg, Mecklenburg-Vorpommern, Nordrhein-Westfalen und Schleswig-Holstein. Jugendliche, die bei der Umfrage Niedersachsen angekreuzt haben, waren Teilnehmende in Hamburg. Es waren 64 junge Frauen und 52 junge Männer im Alter von 15 bis 20 Jahren. Bis auf drei Teilnehmerinnen und Teilnehmer sind alle in Deutschland geboren, 22 von ihnen haben Migrationshintergrund, d.h. Eltern, die im Ausland geboren sind. Die meisten Antworten kamen von Schülerinnen und Schülern (77,6%), 12% von Studierenden und 10% von Auszubildenden. Die teilnehmenden Schülerinnen und Schüler besuchten zu 63% ein Gymnasium und zu 11 % eine Gesamtschule. Die restlichen 26 % kommen von Berufsfachschulen oder Berufsoberschulen, Realschulen und Gemeinschaftsschulen. Die überwiegende Zahl der Rückmeldungen kam aus Nordrhein-Westfalen und Hamburg. Repräsentativität der Aussagen kann schon aufgrund dieser ungleichen räumlichen Verteilung nicht beansprucht werden. Differenzierte Aussagen über einzelne Jugendlandtage sind aufgrund der geringen Fallzahl nicht sinnvoll. Der Rücklauf ist bei einer angesprochenen Gesamtzahl von rund 580 Jugendlichen aber durchaus befriedigend und aussagekräftig. Nachfolgend werden einige dieser Aussagen präsentiert, die in der Lage sind, das Gesamtbild von Jugendlandtagen aus der Sicht von Jugendlichen zu präzisieren.

Die Teilnehmerinnen und Teilnehmer

Politisches Interesse und politische Beteiligung

Die meisten der Jugendlichen haben sich als „total“ oder zumindest „sehr“ interessiert an politischen Themen bezeichnet, nur ein Teilnehmer als „überhaupt nicht“ interessiert. Die Befragten sind selbst politisch aktiv, und zwar über die Hälfte in Jugendorganisationen von Parteien, ein Drittel in kommunalen Jugendvertretungen und ein Fünftel in Jugendverbänden.

44,3% der jungen Menschen verorten sich politisch „in der Mitte“, 40% „eher links“, und nur 8,7% „eher rechts“. Ein Drittel der Befragten war noch nicht wahlberechtigt, die restlichen Jugendlichen hatten sich mit Ausnahme von acht der Befragten schon an Wahlen beteiligt.

Engagement im Allgemeinen

Gefragt nach den eigenen Aktivitäten und Engagement-Feldern ist die Hälfte aller befragten Jugendlichen im Bereich Sport und Bewegung aktiv (49,5%). Über ein Drittel (36,7%) engagiert sich im Bereich Politik, z. B. in einer politischen Jugendorganisation. Im Handlungsfeld Schule/Hochschule engagieren sich 34,9%, in den Bereichen Kultur und Musik sind es 33,9%. Auch Aktivitäten im Bereich Freizeit und Geselligkeit sowie das Engagement in sozialen Bereichen werden von einer größeren Zahl der Jugendlichen angegeben, gefolgt vom Engagement in kirchlichen/religiösen Handlungsfeldern, in der außerschulischen Jugendarbeit und in der Jugendverbandsarbeit.

Information über die Veranstaltung

Die Jugendlichen wurden vor allem durch die Schule oder durch Wahlkreisabgeordnete auf die Veranstaltung aufmerksam gemacht, einige erfuhren davon auch über die Medien, durch das Internet oder regionale politische Veranstaltungen.

Motivation zur Teilnahme

Die Jugendlichen haben nach eigenen Angaben hauptsächlich an den Veranstaltungen teilgenommen, um mit anderen jungen Menschen über politische Themen zu diskutieren. Wichtig war ihnen auch, den Landtag näher kennenzulernen, sich über Landespolitik besser zu informieren und den Landespolitikerinnen und -politikern ihre Meinung zu sagen.

Bewertung und Zufriedenheit mit der Veranstaltung

Allgemeine Zufriedenheit

Bis auf wenige Ausnahmen (10 Rückmeldungen) beurteilen die Teilnehmerinnen und Teilnehmer die Veranstaltungen als sehr gut oder gut. Gar nicht oder kaum angesprochen fühlten sich nur sechs Jugendliche.

Diskussionen mit anderen Jugendlichen

Am meisten hat die Jugendlichen die Diskussion mit den anderen Jugendlichen begeistert. Hier war die Zufriedenheit bei 41,2 % sehr hoch und 35,1% hoch. Die Diskussionskultur im Allgemeinen wurde dabei überwiegend (77%) als sehr gut bzw. gut beurteilt.

Organisation des Jugendlandtags

Zur Organisation der Veranstaltungen äußert sich die große Mehrheit der Teilnehmerinnen und Teilnehmer (92) sehr zufrieden, 14 waren nicht so zufrieden und sechs haben diese als eher schlecht kritisiert. Auch hat eine große Zahl der Jugendlichen zurückgemeldet, dass ihnen die Veranstaltungen sehr großen (61,3%) bzw. großen (30,6%) Spaß gemacht hat. Nur neun Jugendliche wollten dies nicht bestätigen.

Jugendlandtag als Bildungsangebot

Fast drei Viertel der befragten Jugendlichen empfanden die Veranstaltungen als sehr gutes (25,7%) bzw. gutes (46,6%) Bildungsangebot. Dass sie Einblick in die Landtagsarbeit und die Landespolitik gewinnen konnten, hat 73,2% der Jugendlichen sehr angesprochen. Nahezu alle Teilnehmerinnen und Teilnehmer (94%) bestätigten, dass sie mehr über die Landespolitik erfahren und gelernt haben, nur für sechs traf dies eher nicht zu. Ungefähr die Hälfte der Befragten hat sich im Rahmen der Veranstaltung zum ersten Mal mit Politik und landespolitischen Themen beschäftigt, für die andere Hälfte trifft dies nicht zu. Immerhin jede fünfte Teilnehmerin/jeder fünfte Teilnehmer scheint sich bereits vorher intensiv mit den Themen der Landespolitik auseinandergesetzt zu haben. Über zwei Drittel der beteiligten Jugendlichen haben den Eindruck, dass jugendpolitische Themen eine Rolle in der Landespolitik spielen, immerhin 33 Teilnehmer/innen teilten dies Ansicht im Rückblick auf die Veranstaltung nicht. Einen Zusammenhang zwischen ihrer kommunalen Erlebniswelt am eigenen Wohnort und der Landespolitik sehen die meisten Jugendlichen allerdings nicht. Fast 90% sehen hier nach der Veranstaltung eher keinen oder gar keinen Zusammenhang.

Methodisches Vorgehen

Die meisten der Teilnehmer/innen haben sich von den eingesetzten Methoden angesprochen gefühlt und dabei nach eigenen Angaben viel gelernt. Die inhaltliche und thematische Arbeit haben über 80% der Jugendlichen als sehr gut oder gut beurteilt. Die Präsentation der Ergebnisse könnte aus Sicht der Teilnehmerinnen und Teilnehmer noch verbessert werden.

Begegnungen mit den Politikerinnen und Politikern

Das Engagement und das Interesse der Politik an den Interessen der jungen Menschen stand dabei bei den Jugendlichen nicht an erster Stelle, sondern dass sie engagierte Gleichaltrige kennen gelernt haben. Das Verhältnis zu den Abgeordneten und den politischen Vertreter/innen bewerteten 21% der Befragten als sehr gut und 35% als gut. Diese Gelegenheit zur Begegnung war für immerhin 61,9% sehr wichtig. Die Mehrzahl (84,6%) fühlte sich von den Politikerinnen, Politikern und anderen beteiligten Erwachsenen ernst genommen. Nur 18 junge Menschen hatten rückblickend das Gefühl, dass die Erwachsenen kein wirkliches Interesse zeigten.

Nutzung von Social Media während der Veranstaltung

Fast 80% aller jugendlichen Teilnehmer/innen haben während der Veranstaltung Facebook genutzt, 41% haben E-Mails verschickt, etwa ein Drittel hat getwittert oder per Instagram Fotos verschickt. Nur wenige waren in Foren und Blogs aktiv.

5. Schüler- und Jugendlandtage des Jahres 2016

Nach unserer intensiven Untersuchungsphase bis Ende 2015 fanden im Jahr 2016 weitere Schüler- und Jugendlandtage statt. Es dominieren dabei Planspiele, die in allen Landtagen als Methode der politischen Bildung angeboten werden. In der Regel finden diese Planspiele in den Nichtsitzungswochen des Landtags mit Schulklassen statt. Da es sich hierbei ausschließlich um ein Bildungsformat in der Regel mit rund 30 jungen Menschen handelt, gehen wir im Rahmen dieser Evaluation nicht näher darauf ein.

Zwei Großveranstaltungen, die in der ersten Jahreshälfte 2016 stattfanden, verdienen jedoch größere Aufmerksamkeit: das Großplanspiel des Bayerischen Landtags und der Schülerlandtag in Rheinland-Pfalz, während wir auf den für den Herbst 2016 angekündigten Bremer Jugendlandtag und das Jugendparlament in Sachsen-Anhalt nicht näher eingehen können.

5.1. Das Großplanspiel im Bayerischen Landtag

Seit 2008 findet jährlich ein Großplanspiel im bayerischen Landtag statt. Das Planspiel ist in erster Linie ein Bildungsformat, bei dem unterschiedliche Themen in Form eines klassischen Planspiels diskutiert werden. Da dieses Format ausschließlich als Bildungsformat verstanden wird, findet in keinem politischen Gremium des Landtags eine Diskussion oder Beratung der in den Planspielen gefassten Beschlüsse statt.

Das Großplanspiel 2016 hatte aufgrund der Anregung der Landtagspräsidentin den Themenschwerpunkt „Integration“. Vor diesem Hintergrund waren die vier integrationspolitischen Sprecher/innen der Landtagsfraktionen die Themen-Pat/innen für die Durchführung des Planspiels. Die Auswahl der beteiligten Jugendlichen fand ausschließlich über die Schulen in dem Wahl- bzw. Stimmkreis der entsprechenden Fachpolitikerinnen und Fachpolitiker statt – 2016 somit in den Wahl- bzw. Stimmkreisen der integrationspolitischen Sprecherinnen und Sprecher. Durch dieses Verfahren ist eine Berücksichtigung unterschiedlicher Regionen in Bayern gewährleistet. Es werden vorrangig die zehnten Klassen unterschiedlicher Schulformen angesprochen.

Kooperationspartner der Veranstaltung ist das C.A.P. (Centrum für angewandte Politikforschung), das die inhaltliche Gestaltung und Begleitung des Planspiels im Auftrag des Bayerischen Landtags durchführt.

Weitere Informationen sind zu finden unter:

www.bayern.landtag.de/aktuelles/veranstaltungen/gaeste-und-begegnungen/09052016-schuelerinnen-und-schueler-spielen-der-landtag-sind-wir/
und unter

<https://www.bayern.landtag.de/info-service/angebote-fuer-schulen/>
(hier sind die päd. Angebote, auch das Großplanspiel, erläutert)

5.2. Schüler-Landtag Rheinland-Pfalz

Zum „Internationalen Jahr der Jugend 1985“ wurde das Konzept des Schüler-Landtages in Rheinland-Pfalz erstmals umgesetzt. Es war der erste Schüler-Landtag eines Parlaments in der Bundesrepublik. Der Schüler-Landtag von Rheinland-Pfalz findet jährlich als Planspiel statt. Eingeladen werden vier Schulklassen aus verschiedenen Schularten und unterschiedlichen Regionen des Landes. Alle Schulen in Rheinland-Pfalz werden über den

Schüler-Landtag informiert und können sich bewerben. Das Konzept des Schüler-Landtags gibt aber vor, dass sich die ausgewählten Klassen schon im Vorfeld (ca. drei Monate vorher) mit landespolitisch relevanten Themen beschäftigen. Die Klassen wählen jeweils ein Thema für die Beratung im Schüler-Landtag aus. Die Jugendlichen recherchieren, führen Experteninterviews und formulieren einen Antrag, der im Rahmen des Planspiels im Schüler-Landtag behandelt und bearbeitet wird. Hierbei sind die Wahlkreisabgeordneten als Politikexpert/innen gefragt. Im Rahmen der Vorbereitung in den Klassen werden die Themen diskutiert und für das Planspiel vorbereitet. Alle im Planspiel gefassten Beschlüsse werden an die Fachausschüsse weiter gegeben. Die teilnehmenden Jugendlichen und Sprecher/innen der einzelnen Ausschüsse fassen die Beschlüsse, stellen den Ausschussmitgliedern die Themeninhalte, Anliegen und die Beschlüsse vor. Nach den Ausschusssitzungen finden noch weitere Gespräche zum Beispiel mit Fraktionsvertreter/innen statt.

Der Schüler-Landtag hat sich zu einer Mischung aus politischer Bildung und politischer Beteiligung entwickelt. Die Tatsache, dass die Beschlüsse des Schüler-Landtags in den real existierenden Ausschüssen beraten und diskutiert werden, stellt ein Element politischer Partizipation mit Ernstcharakter dar³². Hierbei wird den jungen Menschen auch transparent gemacht, welche Themen und Anliegen die 101 Landtagsabgeordneten aufgreifen und auch weiter verfolgen. Am Ende eines Schüler-Landtagszyklus werden alle Ergebnisse und Beschlüsse allen Landtagsabgeordneten zur Verfügung gestellt. Aus Perspektive des veranstaltenden Landtags Rheinland-Pfalz lernen und erfahren die Schüler/innen, wie Landespolitik praktiziert und organisiert wird. Hierbei und durch das eigene Erleben in der Planspielrolle lernen sie parlamentarische politische Prozesse kennen.

Da die Schülerinnen und Schüler in einem Klassenverband kommen, ist es naheliegend, dass interessierte aber auch weniger interessierte Jugendliche an diesem Projekt teilnehmen. Wichtig ist den Veranstaltern jedoch, dass Jugendliche im Klassenverband gemeinsam Erfahrungen in politischen Entscheidungsprozessen machen können. Das gemeinschaftliche Erleben sowohl in der Vorarbeit als auch während des Planspiels selbst soll dazu beitragen, dass sowohl politikfernere als auch politiknähere Jugendliche sich beim Schüler-Landtag beteiligen können. Die Verantwortlichen des Landtags haben bei der Durchführung bereits die Erfahrung gemacht, dass politikfernere Jugendliche durch das Planspiel ein verändertes Verhältnis zu Politik entwickelt haben.

Weitere Informationen:

<http://www.jugend-im-landtag.rlp.de/de/schuelerlandtag/>

Wichtig ist jedoch, darauf hinzuweisen, dass sich mit dem „jugendforum rlp“ unabhängig vom Schüler-Landtag in Rheinland-Pfalz ein anspruchsvolles Format der on- und offline Jugendbeteiligung entwickelt hat. So werden die Ergebnisse des Jugendforums in die Landtags- und Regierungsarbeit eingespeist und die Ministerpräsidentin berichtet jährlich über den Stand der Umsetzung (vgl. Hartnuß/Meinhold-Henschel 2016)

Weitere Informationen:

<http://www.jugendforum.rlp.de>

32 Auf der Webseite des Schüler-Landtags Rheinland-Pfalz heißt es: „Das parlamentarische Rollenspiel hat sich in den vergangenen Jahrzehnten zu einem anspruchsvollen Projekt der politischen Bildung entwickelt, mit dem Jugendliche direkt Einfluss auf die Landespolitik nehmen können.“

6. Fazit und Handlungsempfehlungen

Die nachfolgenden Aussagen und Empfehlungen können sich lediglich auf die näher untersuchten fünf Jugendlandtage beziehen. Da die Hälfte der Länder keine Jugendlandtage anbietet (s. Übersicht 7.2) und sich aus den zugänglichen Informationen über die drei nicht untersuchten Jugendlandtage kein anderes Bild ergibt, dürften die Ausführungen insgesamt einige Plausibilität beanspruchen können.

1. Jugendlandtage sind ein Format der aktivierenden politischen Bildung, das von den beteiligten jungen Menschen weitgehend geschätzt wird. Das Ambiente des „Landtags“, die Erfahrungen mit parlamentarischer Arbeit und die Begegnungen mit Parlamentsmitgliedern sowie Vertreterinnen und Vertretern der Landesregierung werden als anerkennend und wertschätzend erfahren. Die Zufriedenheit mit dem Event ist in der Regel groß. Dies gilt für alle Beteiligten: Die Jugendlichen haben Gelegenheit, sich untereinander auszutauschen, die unmittelbaren Kontakte und Gespräche mit Vertreterinnen und Vertretern der Landespolitik werden überwiegend als bereichernd erfahren. Für die Landtagsabgeordneten bieten Jugendlandtage eine unkomplizierte Gelegenheit mit der jungen Generation ins Gespräch zu kommen. Wechselseitiges Interesse und Wertschätzung prägen überwiegend das Klima der Jugendlandtage.
2. Einige der untersuchten Jugendlandtage sind auch als Nachwuchsförderung angelegt. Interessierte und (politisch) organisierte Jugendliche werden mit der Arbeitsweise von Parlamenten vertraut gemacht, üben sie ein und knüpfen oder verstärken Kontakte mit Abgeordneten. Dort, wo durch die entsprechende Rekrutierung die Motive der beteiligten jungen Menschen mit diesem Veranstaltungsziel übereinstimmen, ist die Zufriedenheit aller Beteiligten groß. Aus demokratiepolitischer Perspektive wirft diese Ausgestaltung von Jugendlandtagen aber gravierende Probleme auf. Wenn Jugendlandtage primär als Nachwuchsförderung organisiert werden, droht ein elitär verkürztes Demokratie- und Parlamentsverständnis. Demokratische Beteiligung wird etwas für die ohnehin politisch Aktiven. Damit besteht die Gefahr, eine ohnehin starke Tendenz in Richtung politischer Ungleichheit in der politischen Beteiligung insgesamt, aber auch in der Beteiligung an Wahlen, in Parteien und Parlamenten zu bestätigen und perspektivisch zu verstärken. Besonders Beteiligungsangebote an junge Menschen müssen sich daran messen lassen, ob sie dazu beitragen, soziale und Bildungsbarrieren in der politischen Partizipation zu reduzieren. Jugendlandtage, die sich vorwiegend oder ausschließlich an bereits politisch aktive Jugendliche wenden, ignorieren diese Herausforderung.
3. Unsere Beobachtungen und Gespräche verweisen auf ein strukturell bedingtes Unbehagen bei vielen der beteiligten Jugendlichen, das sich aus der Verknüpfung von Formaten der politischen Bildung (Planspiel etc.) mit dem Versprechen der politischen Jugendbeteiligung auf Landesebene ergibt. Zentrales Motiv für die Beteiligung ist für die Jugendlichen überwiegend nicht das Kennenlernen parlamentarischer Abläufe, sondern die Aussicht, eine eigene Agenda und gemeinsame politische Forderungen zu entwickeln, die dann im parlamentarischen Prozess aufgegriffen und nach Möglichkeit umgesetzt werden. Auch wenn in den untersuchten Jugendlandtagen der Planspiel-Charakter der Veranstaltung unterschiedlich stark betont und ausgeprägt ist, wird doch in allen Jugendlandtagen versprochen, dass die von den Jugendlichen erarbeiteten Vorschläge, Resolutionen und Forderungskataloge im Landtag und in der Landespolitik Gehör finden. Allerdings scheinen Jugendliche mit dem Planspiel-Charakter der Veranstaltung umso zufriedener je stärker sie selbst sich als Nachwuchs-Parlamentarier sehen.
4. Im Ablauf der aktuellen Jugendlandtage selbst als auch in ihrer historischen Entwicklung zeichnet sich ein Trend in Richtung Jugendbeteiligung ab, wobei das Lernelement des Planspiels als „Probearbeiten“ in den Hintergrund tritt. Wie auch immer die jungen Menschen für den Jugendlandtag geworben werden, stets wird die Erwartung gesteigert, mit realen Anliegen und realistischen Forderungen im politischen Prozess gehört zu werden. Um es in den Worten des Landtagspräsidenten von Schleswig-Holstein zu

sagen: Der Jugendlandtag ist kein Spiel, keine Simulation. Dass der Ernstcharakter politischer Beteiligung zunehmend im Vordergrund steht, dürfte vielfältige Ursachen haben. Zum einen sieht sich die beteiligte Altersgruppe zwischen 14 und 22 Jahren als ernstzunehmende und kompetente politische Gesprächspartnerin, viele von ihnen sind wahlberechtigt und volljährig. Oft bringen sie zudem Beteiligungserfahrungen aus Schulen, Kommunen und Jugendverbänden mit. Dies ist besonders dort der Fall, wo Jugendliche über Jugendringe und Abgeordnete angesprochen werden. Offensichtlich gibt es ein Passungsproblem zwischen Altersgruppe und einem als unverbindlich konzipierten Planspiel-Angebot. Zum anderen wird das Format, besonders von den Jugendorganisationen, die an Teilnehmerwerbung und an der Ablaufgestaltung mitwirken, dezidiert als politisches Partizipationsangebot beworben. Jugendlandtage sind eines der wenigen Formate, die Jugendlichen politischen Einfluss auf die Landespolitik in Aussicht stellen.

5. Vor diesem Hintergrund spricht einiges dafür, Jugendlandtage als verlässliche Form der Kinder- und Jugendbeteiligung an der Landespolitik auszubauen. Eine normative Leitlinie bietet dabei Artikel 12 der Kinderrechtskonvention der Vereinten Nationen. Dort geht es nicht nur um das Recht des Kindes – dazu zählen im Sinne der Konvention alle Menschen unter 18 Jahren – seine Meinung in allen das Kind berührenden Angelegenheiten frei zu äußern, sondern die Vertragsstaaten verpflichten sich auch, die Meinung des Kindes angemessen und entsprechend seinem Alter und seiner Reife zu berücksichtigen. Aus dieser für Deutschland uneingeschränkt geltenden Norm ergeben sich einige normative und praktische Anforderungen an die Ausgestaltung von Kinder- und Jugendbeteiligung auf Landesebene:
 - Alle Kinder und Jugendliche haben das Recht, gehört zu werden. Es ist deshalb ein Qualitätsmerkmal von Beteiligungsverfahren, ob es ihnen gelingt, eine große Zahl von jungen Menschen anzusprechen und die wachsende Vielfalt jugendlicher Lebenswelten abzubilden. Dabei gilt es, strukturelle Beteiligungsbarrieren – z.B. nach Bildung, sozialer Herkunft, Geschlecht, Migrationshintergrund, verfügbarer Zeit, körperlichen Einschränkungen, Sozialräumen – soweit wie möglich abzubauen. Internationale und lokale Erfahrungen zeigen, dass inklusive Beteiligung und faire Repräsentation möglich ist, wenn entsprechende, z.B. aufsuchende Beteiligungsformate gewählt werden. Falls, wie in Hamburg, gezielt Auszubildende angesprochen oder alle Schultypen in gleicher Weise berücksichtigt werden, sind dies Schritte in diese Richtung.
 - Bei der Frage nach den Themen gilt es die weite Formulierung der Kinderrechtskonvention „alle sie berührenden Angelegenheiten“ ernst zu nehmen. Was sie „berührt“, können die beteiligten jungen Menschen nur selbst entscheiden. Entsprechend breit ist die Themensuche zu gestalten. Es sicherlich kein Zufall, dass die großen aktuellen Themen wie Migration und Flucht ebenso auf der Tagesordnung von Jugendlandtagen stehen wie das landespolitische Dauerthema Bildung und Schulreform, für das Mitsprache eingefordert wird. Eine möglichst breite und transparente Themensuche ist ein wichtiges Qualitätsmerkmal von Jugendlandtagen mit Beteiligungsanspruch.
 - Jugendlandtage können erheblich zur Qualität der Meinungsbildung in den gewählten Themenbereichen beitragen, wenn sie dafür Zeit und die geeigneten Formate anbieten, von den Jugendlichen bestimmte Expert/innen zur Verfügung stellen und diese Dialogprozesse professionell begleiten lassen (nach Möglichkeit von dafür ausgebildeten Jugendlichen). Die Erfahrung mit gleichberechtigten, produktiven und ergebnisorientierten Meinungsbildungs- und Aushandlungsprozessen sollte eine wesentliche Lernchance im Kontext von Jugendlandtagen sein.
 - Die in der Kinderrechtskonvention enthaltene staatliche Selbstverpflichtung, die Meinungen von Kindern auch angemessen zu berücksichtigen, muss besonders für Resolutionen und Vorschläge von Jugendlandtagen gelten. Was dabei von den Beteiligten jeweils als „angemessen“ angesehen wird, dürfte im Einzelfall umstritten bleiben. Unstrittig sollte jedoch der Anspruch sein, dass sich die zustän-

digen Gremien mit den von den Jugendlichen entwickelten Forderungskatalogen ernsthaft auseinandersetzen, sie nach Möglichkeit selbst hören, sich um plausible Gründe bei Nichtberücksichtigung und um eine zeitnahe Umsetzung bemühen. Die Legitimation, Akzeptanz und Überzeugungskraft von dialogorientierten Beteiligungsangeboten wie Jugendlandtagen hängt auch davon ab, dass von ihnen Wirkungen ausgehen. Auch wenn sie nicht entscheiden können, sondern Parlamente und Regierungen, legen die beteiligten Jugendlichen, wie unsere Studie gezeigt hat, großen Wert darauf, dass es zumindest einige ihrer Vorschläge auf die Agenda des Parlaments schaffen und dort auch die Chance haben, umgesetzt zu werden. Die langen Bilanzlisten auf den Webseiten der Jugendparlamente sprechen eine klare Sprache.

6. Jugendlandtage haben nur eine Chance, als anspruchsvolle und wirksame Form der Jugendbeteiligung auf Landesebene ausgestaltet zu werden, wenn sie über einen guten partizipativen „Unterbau“ verfügen. Dieser kann auf zwei Wegen entstehen. Zum einen als Vorlauf für den Jugendlandtag selbst, z.B. durch vorbereitende Regionalkonferenzen wie in Baden-Württemberg 2014/15 oder durch entsprechende Angebote in Schulen, Jugendeinrichtungen und Jugendverbänden. Für die Themenfindung dürften zunehmend auch entsprechende Internetangebote etc. bedeutsam sein, um an die Kommunikationswelten junger Menschen Anschluss zu halten.
7. Nachhaltiger und den Kommunikationsbedürfnissen von Jugendlichen stärker entsprechend dürfte es jedoch sein, in dauerhafte Vernetzungen zwischen lokalen und regionalen Formen der Jugendbeteiligung einerseits und der Landesebene zu investieren. Dazu gibt es in den Bundesländern bereits einige Ansätze und wichtige Akteure (Landesjugendringe, landesweite Jugendorganisationen, Landesschüler/innenvertretungen, themenspezifische Netzwerke etwa zu Klima und Nachhaltigkeit), aber dauerhafte Kooperationsstrukturen zwischen den verschiedenen Beteiligungsorten, -ebenen und Akteuren sind – jenseits von einzelnen Kampagnen – erst noch zu entwickeln. Einige wenige Bundesländer haben in verdienstvoller Weise Jugendbeteiligung zur Pflichtaufgabe für ihre Kommunen gemacht, aber eher wenig institutionelle Fantasie entwickelt, wie eine wirksame Kinder- und Jugendbeteiligung auf Landesebene aussehen könnte³³. Dass solche institutionellen Innovationen angesichts der uneingelösten Normen der Kinderrechtskonvention überfällig sind, kann schon ein Blick auf die Bildungspolitik zeigen – ein klassischer landespolitischer Schwerpunkt, der erhebliche Wirkungen auf den Alltag von Kinder und Jugendlichen hat.
8. Kindereinrichtungen sind in der jüngsten Vergangenheit verstärkt zu Orten der Beteiligung geworden. Der Beteiligungsimpuls wird auch – noch immer vereinzelt – in Schulen aufgegriffen. In den Jugendlandtagen werden dazu vielfältige Forderungen formuliert – nicht zuletzt, dass für Beteiligungslernen mehr Zeit, entsprechende Räume und Ressourcen vorzuhalten sind. Jugendlandtage können und sollten diese Impulse aufgreifen und verstärken, wenn sie sich in Richtung inklusive Jugendbeteiligung auf Landesebene entwickeln wollen.
9. Wirksamkeit ist ein großes Thema dialogischer Beteiligungsprozesse. Auch die jungen Menschen, die sich an Jugendlandtagen beteiligen, wünschen sich Umsetzungserfolge. Sie werden darin bestärkt, wenn ihre Forderungen und Beschlüsse in die zuständigen Ausschüsse verwiesen werden oder ihre Forderungen auf den Webseiten des Landtags dokumentiert und systematische Formen der Umsetzungskontrolle eingerichtet werden. Selbst wenn die Impulse der Jugendlandtage aufgegriffen und umgesetzt werden, vergeht oft zu viel Zeit, um von Beteiligten als Erfolg wahrgenommen zu werden. Die Beteiligungsdimension von Jugendlandtagen kann gestärkt und aufgewertet werden, wenn verlässliche und transparente Formen der Rechenschaftslegung eingerichtet werden, die den Beteiligten vor Augen führt, was aus den Vorschlägen und Forderungen der Jugendlandtage geworden ist.

33 Zu einigen anregenden Ansätzen im europäischen Ausland bezogen auf das Themenfeld Nachhaltigkeit vgl. Jacob u.a. 2014.

10. Internationale Erfahrungen und einige Ansätze in Schulen, Kommunen und Bundesländern (vgl. Roth 2013) legen einen weiteren Schritt nahe. Jugendlandtagen sollte ein eigenes Budget zur Verfügung stehen, mit dem sie auch kurzfristig Projekte und Vorhaben angehen können, z.B. in Form von landesweiten Ausschreibungen für thematisch fokussierte Projektvorhaben, über die dann demokratisch entschieden werden kann.
11. Unsere Studie unterstreicht die Notwendigkeit, auf Landesebene angemessene Formen der Kinder- und Jugendbeteiligung zu entwickeln, wenngleich die große Mehrzahl der Beteiligungsprozesse auch in Zukunft „vor Ort“ stattfinden wird. Die Landespolitik ist gefordert, aus den unterschiedlichen Ansätzen der Kinder- und Jugendparlamente zu lernen, um auf diesem Wege weiterzukommen. Es zeichnet sich zwar keine „best practice“ ab, aber es gibt doch in fast allen untersuchten Jugendandtagen Praxiselemente, die gut verknüpft zur Steigerung der Beteiligungsqualität beitragen können.

7. Literaturnachweise

- Abendschön, Simone/Roßteutscher, Sigrid** 2016: Wahlbeteiligung junger Erwachsener – Steigt die soziale und politische Ungleichheit? In: Roßteutscher, Sigrid u.a. (Hg.): Bürgerinnen und Bürger im Wandel der Zeit. Wiesbaden: Springer VS, S. 67-91
- Albert, Martin/Hurrelmann, Klaus/Quenzel, Gudrun** 2015: Jugend 2015. 17. Shell Jugendstudie. Frankfurt/M: Fischer
- Bertelsmann Stiftung/Staatsministerium Baden-Württemberg (Hg.)** 2014: Partizipation im Wandel. Unsere Demokratie zwischen Wählen, Mitmachen und Entscheiden. Gütersloh: Verlag Bertelsmann Stiftung
- Bertelsmann Stiftung (Hg.)** 2015: Nachhaltigkeitsstrategien erfolgreich entwickeln – Impulse für ein nachhaltiges Nordrhein-Westfalen. Gütersloh: Verlag Bertelsmann Stiftung
- Engartner, Tim u.a.** 2015: Politische Partizipation ‚spielend‘ fördern? Charakteristika von Planspielen als didaktisch-methodische Arrangements handlungsorientierten Lernens. In: Zeitschrift für Politikwissenschaft (25) 2, S. 189-217
- Gaiser, Wolfgang/Ott, Kerstin** 2016: jung – politisch – aktiv?! Politische Einstellungen und Partizipation junger Menschen in Deutschland. Ergebnisse der FES-Jugendstudie 2015. Bonn: Dietz
- Gensicke, Thomas** 2015: Freiwilliges Engagement in Deutschland. Freiwilligensurvey 2009. Wiesbaden: Springer VS
- Gensicke, Thomas** 2016: Jugend: Partizipation und Engagement im Wandel. In: Der Bürger im Staat (66) 2/3, S. 175-180
- Glaab, Manuela (Hg.)** 2016: Politik mit Bürgern – Politik für Bürger. Wiesbaden: Springer VS
- Gürlevik, Aydin/Hurrelmann, Klaus/Palenti, Christian (Hg.)** 2016: Jugend und Politik. Politische Bildung und Beteiligung von Jugendlichen. Wiesbaden: Springer VS
- Hartnuß, Birger/Meinhold-Henschel, Sigrid** 2016: Liken, teilen, was bewegen. Das „jugendforum rlp“. In: Glaab, S. 147-155
- Hurrelmann, Klaus** 2016: Für eine Herabsetzung des Wahlalters. In: Gürlevik u.a., S. 311-319
- Jacob, Klaus/Kannen, Hannah/Niestroy, Ingeborg** 2014: Nachhaltigkeitsstrategien im internationalen Bereich. In: Bertelsmann Stiftung (Hg.): Nachhaltigkeitsstrategien erfolgreich entwickeln. Strategien für eine nachhaltige Zukunft in Deutschland, Europa und der Welt. Gütersloh: Bertelsmann Stiftung, S. 301-571
- Kiderlen, Elisabeth/Metzner, Helga (Hg.)** 2013: Experiment Bürgerbeteiligung. Das Beispiel Baden-Württemberg, Berlin: Heinrich Böll Stiftung
- Knauer, Raingard/Sturzenhecker, Benedikt (Hg.)** 2016: Demokratische Partizipation von Kindern. Weinheim und Basel: Beltz Juventa
- Liebel, Manfred u.a.** 2015: Kinderinteressen. Zwischen Paternalismus und Partizipation. Weinheim und Basel: Beltz Juventa
- Mörgen, Rebecca/Rieker, Peter/Schnitzer, Anna (Hg.)** 2016: Partizipation von Kindern und Jugendlichen in vergleichender Perspektive. Bedingungen – Möglichkeiten – Grenzen. Weinheim und Basel: Beltz Juventa
- Nanz, Patrizia/Fritsche, Miriam** 2012: Handbuch Bürgerbeteiligung. Verfahren und Akteure, Chancen und Grenzen. Bonn: Bundeszentrale für politische Bildung

- Niedermayer, Oskar** 2015: Parteimitglieder in Deutschland: Version 2015. Arbeitshefte aus dem Otto-Stammer-Zentrum Nr. 25. Berlin: Freie Universität
- Picot, Sibylle** 2012: Jugend in der Zivilgesellschaft. Freiwilliges Engagement Jugendlicher im Wandel. Gütersloh: Bertelsmann Stiftung
- Roß, Paul-Stefan/Saile, Nicole** 2015: „Was uns bewegt – Jugendliche und Landespolitikerinnen und Landespolitiker im Gespräch“. Themen und Anliegen Jugendlicher in Baden-Württemberg. Abschlussbericht zur Auswertung der Regionalkonferenzen und des Jugendlandtags in Baden-Württemberg 2014/2015. Stuttgart: IfaS
- Roth, Roland** 2013: Fonds und Budgets – unterschätzte Formen wirksamer politischer Beteiligung“, in: vhw Forum Wohnen und Stadtentwicklung, 1 (5) 2013, S. 7-10
- Roth, Roland** 2015: Impulse zur Weiterentwicklung der Kinder- und Jugendbeteiligung in den Nachhaltigkeitsstrategien der Bundesländer. In: Bertelsmann Stiftung (Hg.): Nachhaltigkeitsstrategien erfolgreich entwickeln – Impulse für ein nachhaltiges Nordrhein-Westfalen. Gütersloh: Verlag Bertelsmann Stiftung, S. 327-40
- Roth, Roland** 2016: Praxis und Perspektiven einer neuen Beteiligungskultur. In: Glaab, S. 367-388
- Roth, Roland** 2016: Democratic experimentalism! Wie Länder zum demokratiepolitischen Reformlaboratorium werden können“. In: Heinrich Böll Stiftung (Hg.): Macht Grün den Unterschied? Demokratiereformen in den Bundesländern. Berlin: Heinrich Böll Stiftung, S. 154-163
- Schöfer, Julia** 2016: Gelingende politische Partizipation von Jugendlichen? Leitfadenterviews für eine Evaluationsanalyse. In: Wintzer, Jeannine (Hg.): Qualitative Methoden in der Sozialforschung. Wiesbaden: Springer VS, S. 137-144
- Tremmel, Jörg/Rutsche, Markus (Hg.)** 2016: Politische Beteiligung junger Menschen. Grundlagen – Perspektiven – Fallstudien. Wiesbaden: Springer VS

8. Übersicht: Jugendlandtage in den Bundesländern

Bundesland	Name des Formats	Evaluation/ Termin	Format	Eigene Jugendseite des Landtags?	Eigene Homepage des Jugendformats oder Abbil- dung auf Landtagsseite?	Ergebnisse online veröffentlicht/ dokumentiert?	Filmische Dokumentation des Jugendformats?	Sonstiges/ Besonderes
Baden- Württemberg	Jugendlandtag	Evaluierter 2015 Nächster Termin: 26.-27.6.2019	2-tägiger Jugend- landtag für 120 bis 150 Jugendliche im Alter von 14 bis 20 Jahren mit Drawing-Ses- sions, World-Café, Erarbeitung eines Kommunikatives. Findet alle 2 Jahre statt.	Eigene ausführliche Jugendseite mit gut aufbereiteten Erklärungen, Grafik- en etc. sowie Infos über Angebote für Jugendliche: http://www.jungerlandtag-bw.de/cms/home.html	Ja, eigene Homepage des Jugendlandtages: http://www.jugendlandtag.de Ausführlichere Dokumen- tation auf der Seite des Beteiligungsprogramms des Landtags „Was uns bewegt – Jugendliche und Landespolitik im Gespräch“: http://wasunsbewegt-bw.de	Rückblick auf den Ju- gendlandtag 2017: https://wasunsbewegt-bw.de/das-war-der-jugendlandtag-2017/ Dort auch zu finden: 12-seitiger Abschluss- bericht und Ergebnisse (Beschlussvorlage) des Jugendlandtages 2015 Veröffentlichung des Kommunikatives von 2017: https://www.landtag-bw.de/files/live/sites/LTBW/files/dokumente/aktuelles/begegnungen/Kommunikativ%20a9%20des%20Jugendlandtags%20von%20Baden-W%20c3%bcrttemberg.pdf	Ja, Kurzfilm zum Jugend- landtag 2017: https://www.jungerlandtag-bw.de/files/live/sites/yltbw/files/videos/Jugendlandtag%202017/20171109_Jugendlandtag_2017.mp4	Die jugendlichen Delegierten für den Jugendlandtag wurden bei regionalen Jugend- konferenzen bestimmt. Es gab ein „Minister*in- nervesper“, bei dem die Landtagspräsidentin und die Mitglieder der Landes- regierung den jugend- lichen Rede und Antwort standen.
Bayern	Kein Dialog- format vorhanden			Seite mit einigen Angeboten für Kinder und Jugendliche: https://www.bayern.landtag.de/info-service/kinder-jugend-und-parlament	Eintrag auf der CAP-Seite selbst: https://www.cap-lmu.de/aktuell/events/2007/jugendparlament.php			

Berlin	Kein Dialogformat vorhanden	Kein Jugendlandtag. Jährliches „JugendFORUM“, eine eintägige Plattform für den Dialog zwischen Jugendlichen und u.a. Fachleuten und Politiker/innen, in manchen Jahren im Abgeordnetenhaus stattfindend	Es gibt eine Seite mit einigen Angeboten für Jugendliche: https://www.parlament-berlin.de/de/deinAGH/Fuer-Jugendliche	Seite des Jugendforums: https://jugendforum.berlin	Auf der Internetseite des Jugendforums http://doku18.jugendforum.berlin	Videos zu einzelnen Diskussionsrunden und Workshops http://doku18.jugendforum.berlin		
Brandenburg	Kein Dialogformat vorhanden		Es gibt eine Seite mit vielen Informationen, auch in Form von Erklärungsvideos, Pocket-Heften (Broschüren zum Nachschlagen) und anderen Publikationen: https://www.brandenburg.de/service/jugend_und_politik/790978					
Bremen	„Jugend im Parlament“	Nächster Termin steht noch nicht fest.	5-tägiger Jugendlandtag (Planspiel) für Jugendliche zwischen 13 und 18 Jahren, alle zwei Jahre stattfindend	Nein	Auf Bremer Bürgerschaftsseite: https://www.bremische-buergerschaft.de/index.php?id=jjp2016	Ja, Arbeit der Ausschüsse und Resolutionen werden in einer 21-seitigen Broschüre dokumentiert (Jugend im Parlament 2016): https://www.bremische-buergerschaft.de/uploads/media/Handbuch_Resolutionen_2016.pdf	Ja, 4 Kurzfilme zu Diskussionsrunden von Jugend im Parlament 2016: https://vimeo.com/album/4169237	Sehr umfangreich und realitätsnah: Arbeit in Ausschüssen mit Problemskizzierung, Abhalten von Aktuellen Stunden, Verfassen einer Resolution, Finanzierungsvorschlag, Ergebnisse der Veranstaltung landen auf der Tagesordnung der nächsten Landtagsitzung.

Bundesland	Name des Formats	Evaluation/ Termin	Format	Eigene Jugendseite des Landtags?	Eigene Homepage des Jugendformats oder Abbil- dung auf Landtagsseite?	Ergebnisse online veröffentlicht/ dokumentiert?	Filmische Dokumentation des Jugendformats?	Sonstiges/ Besonderes
Hamburg	„Jugend im Parlament“ (JiP)	Evaluiert 2015. Nächste Veranstaltung: 16.-20.9.2019	JiP: jährliches 5-tägiges Planspiel für Jugendliche zwischen 15 und 21 Jahren.	Es gibt eine Seite mit Angeboten für Kinder und Jugend- liche: https://www.hamburgische-buergerschaft.de/kinder-und-jugend	JiP auf Landtagsseite: https://www.hamburgische-buergerschaft.de/jugend-im-parlament	21-seitige Gesamt- resolution von Jugend im Parlament 2016: https://www.hamburgische-buergerschaft.de/contentblob/7431286/1fcee93b2b9f76ed-5f7529f429b76189/data/resolution-dl.pdf	Ja, Kurzfilme über verschiedene Sitzungen bzw. Diskussionen von JiP im Plenum auf dem YouTube-Kanal der Hamburgischen Bürgerschaft verfügbar: https://www.youtube.com/playlist?list=PL2346BB630F5CF76C	Sehr ausführlich und realitätsnah, z.B. Beschluss einer Geschäftsordnung, Wahl eines Präsidiums, Bildung von Ausschüssen etc.
Hessen	Kein Dialogfor- mat vorhanden		Eigene ausführliche Kinder- und Jugendseite https://hessischer-landtag.de/jugend/start					
Mecklenburg- Vorpommern	Zwei Formate, die im jährlichen Wechsel stattfinden: Jugend im Landtag (JiL) und Jugend fragt nach (Jfn)	Evaluiert 2015. Nächste Termine stehen noch nicht fest.	JiL: 4-tägige Veran- staltung für Jugend- liche von 14 bis 25 Jahren, 80 bis 100 Teilnehmende, Arbeit in Workshops, Erarbeitung eines Jugendregierungs- programms. Jfn: 3-tägige Veran- staltung für bis zu 40 Teilnehmende im Alter von 15 bis 20 Jahren.	Nein	Auf Landtagsseite: https://www.landtag-mv.de/mitmachen/projekte/jugend-im-landtag/ Auf Landesjugendringseite: http://ljjrmv.de/ljjrmv/langzeit-projekte/jugend-im-landtag/ Spezieller Blog zu JiL auf der Seite des Landes- jugendrings: http://jil.ljjrmv.de Instagram-Blog: https://www.instagram.com/jugendimlandtag/	Ausführliche Dokumentationen auf nebenstehenden Webseiten des Landesjugendrings	Ja, Filmdokumentation auf YouTube-Kanälen des Landtags, z.B. Jugend fragt nach 2017: https://www.youtube.com/watch?v=v9exPPji4E Jugend im Landtag 2018: https://www.youtube.com/playlist?list=PLwbM1FcO1420tEdE9xBbt6Le1qq_afeL2	„Jugend im Landtag“ ist mit bis zu 100 Teilneh- mern das größere Format. Kein Jugendland- tag im engeren Sinne, da keine gewählten Vertreter*innen. Teil von JiL sind Work- shops, in denen ein sogenanntes Jugend- regierungsprogramm erarbeitet wird, das anschließend mit Abgeordneten diskutiert wird. Möglichkeit der Online- Beteiligung über den Weblog für Jugendliche, die nicht anwesend sein können: https://jil.ljjrmv.de/wie-funktioniert-das-hier

<p>Nieder- sachsen</p>	<p>Kein Dialog-format</p>	<p>Eigene Jugendseite: http://www.landtag-niedersachsen.de/jugend/</p> <p>Gute, ausführliche Erklärungen zum Landtag, zur Funktionsweise und Arbeit der Landespolitik, zum Angebot von Veranstaltungen für Jugendliche usw.</p>	<p>Auf Landtagsseite: https://www.landtag.nrw.de/portal/WWW/Jugend/Jugend-Landtag/index.jsp</p> <p>Eigene Facebook-Seite für den Jugend-Landtag: https://www.facebook.com/jugendlandtag</p>	<p>Dokumentation durch Artikel, die Forderungen wiedergeben und die einzelnen Tage dokumentieren. auf nebenstehender Webseite</p> <p>Die 3 Beschlüsse des JLT 2018 stehen auch als PDF zur Verfügung unter https://www.landtag.nrw.de/portal/WWW/GB_II/GB_II/1/Jugend/Neuigkeiten_und_Termine/2018/06/3006_Jugendlandtag_Plenum.jsp</p> <p>Plenarsitzung des 9. Jugend-Landtags war im Internetauftritt des Landtags (Parlaments-TV) als Livestream abrufbar und ist hier archiviert: https://www.landtag.nrw.de/portal/WWW/Webmaster/GB_II/1.1/video/video.jsp?id=10280</p>	<p>Dokumentation über den Jugend-Landtag 2018: https://www.youtube.com/watch?v=xy9MM-W6vNI&feature=youtu.be</p> <p>Filmdokumentation zu verschiedenen zurückliegenden Jugend-Landtagen: https://www.landtag.nrw.de/portal/WWW/GB_II/1/Videos_vergangener_WPs/Jugend-Filme.jsp</p>	<p>Realitätsgetreu durch Fraktionssitzungen mit Wahlen des Vorsitzes und des Jugend-Landtagspräsidentiums. Arbeit zu selbstgewählten Themen in Fachausschüssen, Anhörung durch „echte“ Fachexpert/innen. Die Entscheidungen des Jugend-Landtages werden dem Landtag zur Verfügung gestellt, damit sich die Fachausschüsse damit befassen.</p>
<p>Nordrhein- Westfalen</p>	<p>„Jugend-Landtag“</p>	<p>Eigene umfangreiche Jugendseite: https://www.landtag.nrw.de/portal/WWW/Webmaster/GB_II/1.1/Jugend/home.jsp</p>	<p>Auf Landtagsseite: https://www.landtag.nrw.de/portal/WWW/Jugend/Jugend-Landtag/index.jsp</p> <p>Eigene Facebook-Seite für den Jugend-Landtag: https://www.facebook.com/jugendlandtag</p>	<p>Dokumentation durch Artikel, die Forderungen wiedergeben und die einzelnen Tage dokumentieren. auf nebenstehender Webseite</p> <p>Die 3 Beschlüsse des JLT 2018 stehen auch als PDF zur Verfügung unter https://www.landtag.nrw.de/portal/WWW/GB_II/GB_II/1/Jugend/Neuigkeiten_und_Termine/2018/06/3006_Jugendlandtag_Plenum.jsp</p> <p>Plenarsitzung des 9. Jugend-Landtags war im Internetauftritt des Landtags (Parlaments-TV) als Livestream abrufbar und ist hier archiviert: https://www.landtag.nrw.de/portal/WWW/Webmaster/GB_II/1.1/video/video.jsp?id=10280</p>	<p>Dokumentation über den Jugend-Landtag 2018: https://www.youtube.com/watch?v=xy9MM-W6vNI&feature=youtu.be</p> <p>Filmdokumentation zu verschiedenen zurückliegenden Jugend-Landtagen: https://www.landtag.nrw.de/portal/WWW/GB_II/1/Videos_vergangener_WPs/Jugend-Filme.jsp</p>	<p>Realitätsgetreu durch Fraktionssitzungen mit Wahlen des Vorsitzes und des Jugend-Landtagspräsidentiums. Arbeit zu selbstgewählten Themen in Fachausschüssen, Anhörung durch „echte“ Fachexpert/innen. Die Entscheidungen des Jugend-Landtages werden dem Landtag zur Verfügung gestellt, damit sich die Fachausschüsse damit befassen.</p>

Bundesland	Name des Formats	Evaluation/ Termin	Format	Eigene Jugendseite des Landtags?	Eigene Homepage des Jugendformats oder Abbil- dung auf Landtagsseite?	Ergebnisse online veröffentlicht/ dokumentiert?	Filmische Dokumentation des Jugendformats?	Sonstiges/ Besonderes
Rheinland- Pfalz	„Schüler- Landtag“	Kurzuntersu- chung 2016, nächster Termin: 26.3.2019	Parlamentarisches Rollenspiel in Form eines eintägigen Schüler-Landtages für Schüler/-innen der 10. Jahrgangsstufe. Findet seit 1985 fast jährlich statt.	Eigene Jugendseite http://www.jugend-im-landtag.rlp.de Ausführliche Erklärungen der verschiedenen Angebote für die Jugendlichen, allerdings kaum Erklärungen der Arbeit oder der Funktionsweise des Landtags wie auf anderen Jugend- seiten	Auf Jugendseite des Landtags: http://www.jugend-im-landtag.rlp.de/de/schuelerlandtag	Ausführliche Dokumentation von Beschlüssen, Anträgen etc. im Archiv: http://www.jugend-im-landtag.rlp.de/de/schuelerlandtag/archiv.php	Videodokumentation des Schüler-Landtags 2018 verfügbar: https://www.youtube.com/watch?v=hdl-IN5Rujg Auch viele Filme zu früheren Veranstaltungen vorhanden	Bewerbung/Anmeldung als ganze Schulklasse, 4 Schulklassen werden zur Teilnahme ausgewählt und simulieren 4 Fraktionen, intensive Vorbereitung in den Schulen. Seit 2001 werden die Beschlüsse in den Fachausschüssen des richtigen Landtags be- handelt.
Saarland	Kein Dialogfor- mat vorhanden			Angebote werden einige Informa- tionen extra für Jugendliche: https://www.landtag-saar.de/jugend				
Sachsen	Kein Dialogfor- mat vorhanden			Es gibt eine Seite mit (sehr wenigen) Angeboten und In- fos für Jugendliche: https://www.landtag.sachsen.de/de/jugend-politik/index.cshtml				

<p>Sachsen-Anhalt</p>	<p>„Jugendparlament“ (nachfolgend: „Jupä“); „Jugend im Landtag“ (nachfolgend: JIL), aber kein Jugendlandtag im engeren Sinne!</p>	<p>Keine Evaluation. Nächster Termin Jupä: 2019</p>	<p>Jugendparlament: eintägig, fand lange Zeit jährlich statt, 2010 eher alle 2 Jahre; Teilnehmenden aus 3 Schulen. Jugend im Landtag: eintägiges Planspiel, erstmals 2016 veranstaltet, ab Klassenstufe 9 für ca. 80 Jugendliche, findet nicht im Klassenverband statt. Kein fester Turnus für die Veranstaltung.</p>	<p>Es gibt eine Seite mit einigen Angeboten für Jugendliche: https://www.sachsen-anhalt.de/jugend-im-landtag/</p>	<p>Jupä auf Landtagsseite: https://www.sachsen-anhalt.de/mitgestalten/jugend-im-parlament/ JIL auf Landtagsseite: https://www.sachsen-anhalt.de/mitgestalten/jugend-im-landtag/ein-planspiel-ueber-den-politischen-alltag/</p>	<p>Jupä: Bis 2012 einige sehr ausführliche Dokumentationen in Form eines zentralen PDF-Dokuments (mit stenografischem Protokoll), wo auch die Beschlüsse abgedruckt sind, z.B. von 2012: https://www.sachsen-anhalt.de/fileadmin/Downloads/Artikel_Dokumente/Jugendparlament_2012.pdf JIL: Nein, außer der Vorstellung des Formats anhand eines Artikels keine Einsicht in Dokumente.</p>	<p>Beitrag auf dem YouTube-Kanal des Landtags u.a. zum Jugendparlament 2012: https://www.youtube.com/watch?v=fw0_rXbcjY Filmische Dokumentation der ersten JIL-Veranstaltung 2016: https://www.sachsen-anhalt.de/mitgestalten/jugend-im-landtag/video-mittschnitt-von-jugend-im-landtag/ Auch auf dem YouTube-Kanal des Landtages verfügbar: https://www.youtube.com/watch?v=3AS4JH8_EI Alle links auch zu finden auf der zentralen Landtagsseite</p>	<p>Jupä: Realitätsgetreue Simulation mit Anträgen, Geschäftsordnung, Plenarprotokoll etc. JIL: Relativ realitätsnah: Bildung dreier fiktiver Fraktionen („Die Ökologischen“, „Die Sozialen“), Erarbeitung von Anträgen in den Fraktionen, Bearbeitung der Anträge in Ausschüssen, Diskussion und Abstimmung in Plenarsitzung, Erarbeitung von Beschlussempfehlungen.</p>
<p>Schleswig-Holstein</p>	<p>„Jugend im Landtag“</p>	<p>Evaluiert 2015 Nächster Termin: Voraussichtlich 11/2019</p>	<p>3-tägiger, jährlich stattfindender Jugendlandtag für ca. 100 Teilnehmende zwischen 16 und 21 Jahren bzw. Schüler/-innen ab der 9. Klasse</p>	<p>Nein</p>	<p>Auf Landtagsseite: http://www.landtag.ltsh.de/service/jugend-im-landtag</p>	<p>Sehr ausführliche Dokumentation des Jugendlandtags 2017 mit Anträgen, Ereignissen, Beschlüssen Sehr umfangreiches Archiv früherer Veranstaltungen in Form von PDFs, alles zu finden unter: http://www.landtag.ltsh.de/service/jugend-im-landtag</p>	<p>Ausführliche Videodokumentation von z.B. 2017 auf dem YouTube-Kanal des Landtages: https://www.youtube.com/watch?v=Lvvp7nYqJg&feature=youtu.be ebenfalls zu finden unter nebenstehender Webseite des Jugendlandtages Videos zu früheren Jahrgängen: https://www.youtube.com/channel/UCIN8-CM770nmDZKSvf16RTA/videos</p>	<p>Realitätsgetreu mit Bildung von Arbeitsgruppen, Erarbeiten von Anträgen, Wahl eines Präsidiums, Stellungnahmen etc. Schriftliche Stellungnahmen aller Fraktionen zu den Beschlüssen der Jugendlichen. Im Nachgang folgt ein weiteres, abschließendes Treffen zwischen den Teilnehmenden und den Jugendpolitischen Sprecher*innen der Fraktionen zur Diskussion dieser Stellungnahmen.</p>
<p>Thüringen</p>	<p>Kein Dialogformat vorhanden</p>							



Deutsches Kinderhilfswerk e. V.

Leipziger Straße 116-118
10117 Berlin
Fon: +49 30 308693-0
Fax: +49 30 308693-93
E-Mail: dkhw@dkhw.de
www.dkhw.de

Mitglied im



ISBN 978-3-922427-24-7